

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer  
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148  
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

### Allein mit ihrer Not

Der Reichstag hat bis zum Herbst Schicht gemacht. Das Kabinett hat es so gewünscht und die Vertretung des Volkes, von dem bekanntlich alle Staatsgewalt ausgeht, hat dem zugestimmt. Was hätte das Hohe Haus der Regierung jetzt nun wohl noch nützen können? Es hat ihr die Haushalte, den Wehretat mit dem Panzerkreuzer und Gott weiß was sonst noch bewilligt, so daß die hohe Obrigkeit wieder wirtschaften kann, wofür ihr eben die Kontrolle und das Dreinreden von Volksvertretern nicht gerade willkommen ist.

Mit gespannter Aufmerksamkeit hat die Arbeiterschaft die letzten Sitzungen des Reichstages verfolgt. Lag ihm doch ein sozialdemokratischer Antrag vor, der auf die gesetzliche Einführung der 40stündigen Arbeitswoche hinausläuft, außerdem waren noch ein paar unerlässliche sozialpolitische Verbesserungen beantragt. Bei einem Erwerbslosenheer von fünf Millionen war man wohl berechtigt, anzunehmen, daß der Reichstag nicht auseinandergehen werde, ohne wenigstens durch Verkürzung der Arbeitszeit den Versuch gemacht zu haben, das weitere Anschwellen des grimmigen Übels, des fürchterlichen Elends des werktätigen Volkes zu hemmen. Dies um so mehr, als keinerlei Zeichen zu sehen sind, die sich als eine nennenswerte Verringerung des Übels deuten lassen.

Wenn hierüber irgendwelcher Optimismus bestehen sollte, er würde durch den Bericht des Konjunkturinstitutes zerstäubt. In seinem letzten Hefte sagt es, daß die Voraussetzungen für eine schnelle Überwindung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Tiefstandes für Deutschland nicht gegeben sind und daß im ganzen damit zu rechnen sei, daß die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 1931 größer, Produktion und Umsatz geringer sein werden als im Jahresdurchschnitt von 1930. Wenn der Stand der Dinge das immer sehr vorsichtige Konjunkturinstitut zu einem dermaßen trüben Schluß kommen läßt, dann ist in der Tat keinerlei Optimismus am Platze.

Weniger Absatz und Produktion im laufenden Jahre als im vorhergehenden heißt nichts anderes als eine noch weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit, eine noch ärgere Verschlimmerung der proletarischen Not. Damit rechnet übrigens auch die Unternehmerschaft. Die Anläufe der Ruhrindustriellen gegen die (schon gedrückte) Lohnhöhe, gegen das Tarifrecht, gegen den Urlaub der Arbeiter und gegen ähnliches mehr würden schwerlich unterommen worden sein, wenn nicht eine Zunahme der Arbeitslosigkeit in sicherer Aussicht stünde.

Wohin das Unternehmertum strebt, verlautbart seine Presse in unmißverständlicher Deutlichkeit. In einem Aufsatz, worin sich die volksparteiliche Kölnische Zeitung mit der elastischeren Gestaltung des Tarifsystems befaßt, heißt es neben gleichwertigem: „Der unabdingbare Teil des Lohnes ist nicht mehr wie bis heute der Tariflohn, sondern wird gesetzlich auf einen Lohnsatz begrenzt, der etwa den heutigen Sätzen der Arbeitslosenversicherung entspricht.“ Und im „Wirtschaftsdienst“ vom 6. Februar schreibt ein ungewisser Dr. Krämer unter der Überschrift: Der Sinn der Lohnbauparole unter anderm: „Wenn die Arbeitslosigkeit über längere Perioden einen derartigen Stand erreicht wie in Deutschland und England, so ist das ein untrüglicher Beweis dafür, daß die Löhne, gemessen an der Ertragsfähigkeit der Wirtschaft, zu hoch sind.“ Wenn die Löhne zu hoch sind, dann müssen sie eben herabgesetzt werden. Aber damit gibt sich dieser Federwerker der Lohnräuber noch nicht zufrieden. Mit dem Lohnabbau will er den rücksichtslosen Abbau der Arbeitslosenunterstützung verbunden haben. Man vernehme, wie dieser Herr dies ausdrückt:

„Es wird allmählich eingesehen, daß die mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängende Steigerung der Unterstützungslasten aller öffentlichen Körperschaften das entscheidende Hindernis einer Finanzsanierung darstellt... Daraus ergibt sich, daß an eine Beseitigung des laufenden und an eine Abdeckung der früheren Defizite nur bei rigorosem Abbau der mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängenden Unterstützungslasten zu denken ist. Die Arbeitslosenunterstützung in ihren verschiedenen Formen kann jedoch nur dann beseitigt oder eingeschränkt werden, wenn man die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages und die Gebundenheit des Lohnes aufhebt und den Arbeitslosen die Möglichkeit gibt, ihre Arbeitskräfte zu niedrigeren Sätzen anzubieten...“

Wir haben diesen Schreibgehilfen der wildesten Sozialreaktionäre etwas ausführlich zitiert, um zu zeigen, wessen sich die Arbeiterschaft zu gewärtigen hat. Aus dieser Auslassung schlägt eine tierische Feindschaft des Ausbeutertums gegen die Arbeiter hervor: Lohnsenkung bis auf die Sätze der Arbeitslosenunterstützung, dann Senkung der Arbeitslosenunterstützung, damit die unbeschäftigten Leute durch Hunger getrieben werden, sich um jeden Preis den Unternehmern anzubieten — durch das Massenangebot verhungender Arbeiter weiteres Herunterdrücken der Lohnsätze und schließlich die Beseitigung jeglicher öffentlicher Unterstützung der Erwerbslosen überhaupt.

Die wahnwitzigen Pläne des Ausbeutertums, für deren Tatsächlichkeit gewichtige Zeichen sprechen, konnten

den Volksvertretern kein Geheimnis sein, der Reichsregierung gleichfalls nicht, denn der Arbeitsminister Stegerwald hat in verschiedenen Reden auf sie angespielt. Man hätte darum von der Mehrheit des Reichstages erwarten können, daß er etliche Maßnahmen gegen den Wahnwitz des Ausbeutertums getroffen hätte, bevor er auseinanderging. Allein, in den wochenlangen Sitzungen war von der Arbeitslosigkeit und der Wahrscheinlichkeit ihrer Ausnutzung zu weiterem Lohnraub verblüffend wenig zu hören. Der Reichstag hätte wenigstens einen bestimmten Beschluß fassen müssen, der die Verkürzung der Arbeitszeit sichert und weiterem Lohnabbau einen Riegel vorschiebt. Dazu hat der Reichstag keine Neigung gezeigt. Er hat nur einen Antrag angenommen, worin die Regierung ersucht wird, „einen Gesetzentwurf vorzulegen, der zur Entlastung des Arbeitsmarktes

die 40stündige Arbeitszeit vorschreibt. Zum Lohnausgleich sind für den Übergang die freiwerdenden Unterstützungsmittel mit heranzuziehen. Die Zulassung von Überstunden ist allgemein zu verbieten.“

Mit diesem bloßen Ersuchen wird die Erfüllung der großen Notwendigkeit dem — guten Willen der Regierung überantwortet. Es gehört ein überirdischer Glaube dazu, anzunehmen, daß eine Regierung, die den Lohnabbau entfacht hat und planmäßig fördert, etwas Günstiges in Sachen der 40stündigen Arbeitswoche unternimmt. Nach allem, was man von dieser Regierung weiß, wird sie nichts für die Arbeiterschaft, wohl aber viel gegen sie unternehmen. Die Schwarzseher werden, das ist sicher, noch zu licht sehen.

Wer von der Arbeiterschaft auf die Hilfe des Reichstages gegen den Wahnwitz der Sozialreaktion gebaut hat, wurde enttäuscht; wer noch auf diese Regierung baut, dürfte noch mehr enttäuscht werden. Die Arbeiterschaft steht nach wie vor allein mit ihrer furchtbaren Not. Und sie allein kann sie nur überwinden. Eine Binsenwahrheit, die jetzt nur eine neue Bekräftigung erfährt.

### Das lehrreiche Bremer Wahlergebnis

Die letzte Reichstagswahl brachte einen verblüffend großen Zuwachs der nationalsozialistischen Stimmen, und die seitdem in verschiedenen Ländern stattgefundenen Wahlen zeigten einen weiteren Aufstieg der Nazis. Da sich an diesen Wahlen alle Bevölkerungsschichten beteiligen konnten, war es unmöglich, festzustellen, wie stark der Anteil der Arbeiter an dem nationalsozialistischen Hochgang ist. Dies läßt sich aber bei den jüngsten Wahlen zur Bremer Arbeiterkammer feststellen.

Die Bremer Arbeiterkammer ist durch einen Beschluß der bremischen Bürgerschaft vom Juli 1921 ins Leben gerufen worden. Sie ist leider die einzige ihrer Art in ganz Deutschland. Da sie eine öffentlich-rechtliche Körperschaft ist, hat sie dieselben Rechte wie die seit langem bestehenden Handels-, Kaufmanns-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern. Die Kammer dient laut Gesetz der Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der bremischen Arbeiterschaft.

Die Kammer besteht aus 30 Mitgliedern, die alle drei Jahre von den bremischen Arbeitern nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu erküren sind. Wahlberechtigt sind alle über 18 Jahre alten weiblichen und männlichen Arbeiter. Vorübergehende Arbeitslosigkeit hebt das Wahlrecht nicht auf. In der Kammer hatten die freien Gewerkschaften entscheidenden Einfluß. All ihr Tun erfolgte im engsten Einvernehmen mit den Gewerkschaften — zum Segen der Arbeiterschaft. Dieser Einfluß war nicht nur der Kommunisten, sondern auch den Stahlhelmern und Nazis ein Dorn im Auge. Diese drei Sorten von Feinden der freien Gewerkschaften glaubten angesichts ihrer politischen Wahlerfolge die Zeit für gekommen, die Arbeiterkammer unter ihre Krallen zu nehmen. Sie stellten darum eigene Wahllisten auf. Nicht weniger als fünf gab es. An Wahlagitation wurde das Mögliche von den Gewerkschaftsfeinden geleistet. Und der Erfolg?

	1931		1925	
	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze
Freie Gewerkschaften	16 420	23	15 392	23
Kommunisten (RGO)	4 975	6	4 606	6
Christl. Gewerkschaften	1 311	1	1 103	1
Stahlhelm	671	0	—	—
Nazis	532	0	—	—

Die letzte Wahl fand 1925 statt; im Jahre 1928 gab es, weil nur eine Liste eingereicht, keine Wahl. Das Entscheidende an den Stimmenzahlen ist, daß die Kommunisten keinen nennenswerten Zuwachs zu erreichen vermochten und daß die Anhänger der Stahlhelmer und der Nazis in der Arbeiterschaft herzlich unbedeutend, man kann fast sagen gleich Null ist. Eine Tatsache, die durch einen Vergleich der Stimmenzahlen der drei Parteien mit den der letzten politischen Wahlen erst ganz auffällig wird.

Es ist gut, daran zu erinnern, daß zu dem bremischen Staatsgebiet außer den Städten Bremerhaven, Vegesack und Bremen 17 Landgemeinden gehören. Allgemein besteht die Auffassung, daß die Nazis und Stahlhelmer bei den ländlichen Arbeitern größeren Einfluß hätten als bei den städtischen. Das ist falsch, wie das Wahlergebnis dieser Landgemeinden klarlich beweist. Dort erhielten die freien Gewerkschaften 941, die Christlichen 71, die Kommunisten (RGO) 50, der Stahlhelm 8 und die Nazis 1 Stimme. Daraus ist zu entnehmen, daß die Mitläufer der Nazis und des gesinnungsgleichen Stahlhelms nicht bei der wirklichen Arbeiterschaft zu finden sind, sondern bei den Mittelschichten, bei den Gewerbetreibenden, Angestellten und dergleichen. Die wirklichen Arbeiter stehen nach wie vor zu den freien Gewerkschaften.

### Dividendenwilkür

Wer sich in diesen Zeiten der allgemeinen Verwilderung ein gläubiges Herz bewahrt hat — gläubig für die Weisheiten, die unsere „Wirtschaftsführer“, die großen Kapitalisten unverdrossen zu predigen lieben —, wer da glaubt, was solche Männer der Welt verkünden, das sei unter allen Umständen wahr und richtig, der muß in immer größerem Staunen geraten angesichts der Wirtschaftsergebnisse des abgelaufenen Jahres, die jetzt Schritt vor Schritt an die Öffentlichkeit gelangen. Seit Oktober 1929 — so hören wir unablässig — leben wir in einer ungeheuren Krise. „Die größte Krise seit 1873“, nannte sie dieser Tage Herr Nathan, Direktor der Dresdner Bank. Wohl jede Woche mindestens einmal ließ sich einer unserer großen Männer vernehmen, sei es in einem Zeitungsatsatz, einer Festrede nach einem guten Essen, auf der Tagung eines Unternehmerverbandes oder sonstwo, um mit beredten Worten des deutschen Volkes Not zu schildern. Und um daran zu knüpfen die väterliche Mahnung der Sparsamkeit: da es „der Wirtschaft“ so entsetzlich schlecht geht, muß sie ihre Gesteungskosten senken, das heißt sie muß die Löhne herabdrücken und möglichst viele Arbeitskräfte entlassen. Es geht einmal nicht anders bei dieser furchtbaren Krise. Das letztere hat sie denn auch nach Kräften getan, und wer das seit 1 1/2 Jahren miterlebt und dazu fort und fort solche Reden angehört hat und gläubigen Gemütes zu unseren „Wirtschaftsführern“ aufschaute, der mußte mit Grauen nicht nur in die Zukunft, sondern auch schon in die Gegenwart blicken. Denn er war sicher, daß Heulen und Zähneklappen herrsche in allen Unternehmerbüros, daß man dort Tag für Tag nichts anderes zu tun habe, als die unausgesetzt wachsenden Verluste auszurechnen, und daß die Jahresabschlüsse fürchterliches offenbaren würden.

Jetzt sind sie da, diese lang erwarteten, lang gefürchteten Jahresabschlüsse, und von Schrecken und Entsetzen ist — nichts darin. Wohl sind die Geschäfte im allgemeinen weniger gut gegangen als das Jahr zuvor, wohl haben manche Firmen große Verluste erlitten und andere sind ganz zugrunde gegangen; aber alles in allem genommen, die ganze Geschäftswelt betrachtet, können

die Unternehmer recht zufrieden sein. Wenn die meisten Aktiengesellschaften zwischen 6 und 10 vH Dividende zahlen, wenn darüber hinaus gar nicht selten Dividenden von 11, 12, 14 vH vorkommen, soll man uns nicht von schlechten Zeiten reden. Für die Arbeiter sind die Zeiten schlecht, grauenhaft sogar, für das Kapital dagegen sind sie immer noch recht erträglich.

Demgegenüber mögen Verteidiger des Kapitalismus betonen, daß die Geschäftsergebnisse aber doch auf alle Fälle schlechter sind als das Jahr zuvor. In der Tat gibt es unter den vielen Tausenden deutschen Aktiengesellschaften wohl kaum eine einzige, die für 1930 eine höhere Dividende zahlt als für 1929. Alle durch die Bank haben sie die Dividenden herabgesetzt, und manche sogar recht erheblich. Wenn nun zum Beispiel eine große Bank, die im vorigen Jahr 10 vH Dividende verteilt hat, diesmal nur 6 vH zahlt, oder ein Industrieunternehmen, dessen Aktionäre für 1929 ihre 18 vH bekamen, sie jetzt mit 14 oder gar mit 12 vH abspeist, ist das nicht Beweis genug für eine Notlage?

Darauf ist mancherlei zu erwidern. Zunächst mußte man in Zeiten einer Krise, und noch dazu einer so gewaltigen Krise, die den Vorwand bot, der Arbeiterschaft wirklich furchtbare Opfer aufzuerlegen — in solchen Zeiten mußte man nicht eine mehr oder minder große

#### Aus dem Inhalt

	Seite
Reichstag und Arbeiterelend — Dividendenwilkür	113
Frauenarbeitsarbeit bei den Faschisten	114
Technische Neuheiten am Kraftwagen — Handschliff oder Maschinenschliff bei Spirolbohrern	115
Der Gewerkschaftsbeitrag — Das Leben der Marie Szameitat — Die Wohnung der Geschiedenen	116
Die Polizei im Dienste der Sozialgesetzgebung und Wohlfahrtspflege — Achtung Versichertel	117
Betriebsrätewahlen und Politik — Vom Vorstand	118
Statistik — Wo muß der Lohn abgebaut werden?	119
Statt ein Mittagmal vierfaches Ehrenmal — Schriftenschau	120

# Frauenarbeitsarbeit bei den Faschisten

Wie ist die heutige Frauenarbeitsarbeit entstanden? Sie entstand mit der Teilung und Mechanisierung der Fabrikarbeit. Sie entstand, als die Fabriken noch nicht dem Handwerk um die Vorherrschaft rangen und als der Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten einsetzte. Der Fabrikbesitzer brauchte billige Arbeitskräfte, und setzte deshalb, wie heute bei der Rationalisierung, Männer auf die Straße und stellte ungelernete Frauen und Kinder dafür ein. Eine vortreffliche Schilderung von diesem Prozeß haben wir in Friedrich Engels „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“.

In Deutschland stieg der Anteil der Frauen an der Erwerbsarbeit von 1882 bis 1895, den Jahren der ersten allgemeinen Berufszählungen, in den Buchbindereien um 7 vH, in der Handschuh- und Kartonagenfabriken um rund 7 vH, in der Handschuh- und Krawattenindustrie um 10,35 vH, in Strickereien um 15 vH, in der Wirkereien um rund 15 vH. Im Jahre 1907 stellten die Frauen insgesamt 33,8 vH aller Erwerbstätigen, im Jahre 1925 schon 35,9 vH. Da inzwischen die große Rationalisierungswelle mit ihrer weiteren Mechanisierung der Arbeit erst richtig einsetzte, so hat sich der Hundertsatz zweifellos noch weiter zugunsten der Frauenarbeitsarbeit verschoben. In den letzten Jahren ist der Anteil der Frauen gerade auch in solchen Industrien stark gewachsen, die nicht als typische Frauenindustrien galten, so in der Elektrotechnik und Feinmechanik, im Maschinenbau (hier von 1,7 vH im Jahre 1907 auf 6 vH im Jahre 1925), im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe u. a. D. Satz der Verheirateten unter den erwerbstätigen Frauen, also der Frauen, die einen „Ernährer“ haben, ist von 21,3 im Jahre 1907 auf 31,7 vH im Jahre 1925 gestiegen.

Diese Frauen gehen ganz gewiß nicht zum Vergnügen in die Fabrik, sondern aus bitterster Not. Der Kapitalist, den die Nationalsozialisten schützen, sucht gerade die Frauenarbeit. Für ihn ist sie billiger als die Männerarbeit. Außerdem sind die Frauen fast immer ein willigeres Ausbeutungsobjekt als die Männer, weil sie im allgemeinen weniger geschult und weil sie mit Arbeit noch mehr überlastet sind als jene. Der Kapitalist ist wohl für die weitere Entrechtung der Frau, die das Programm der Nazis fordert, aber nicht gegen die Frauenarbeitsarbeit überhaupt. Wenn er sich in Zeiten besonders großer Arbeitslosigkeit hier und da mit der Erlassung verheirateter Frauen einverstanden erklärt, so hindert ihn dies keineswegs daran, ihnen Männer und Familienväter folgen zu lassen. Außerdem sind ihm solche Erlassungen auch nur wieder ein Mittel zu neuem Lohndruck auf die weibliche sowie auf die männliche Arbeiterschaft. Diese unsere Behauptungen werden in allen kapitalistischen Ländern, auch in faschistischen Italien, täglich durch die Praxis bewiesen. Es ist also ein großer Trugschluß, wenn Arbeiterinnen glauben sollten, daß sie durch den Faschismus wirklich von der Erwerbsarbeit befreit würden. Die Nationalsozialisten sind der vor keinem Mittel der Gewalt zurückschreckende Vortrupp des Kapitalismus und damit auch die schlimmsten Feinde der Arbeiterin.

Wer die Arbeiterinnen und mit ihnen die gesamte Arbeiterklasse aus dem heutigen Elend und aus der Lohnsklaverei befreien will, der kann nicht für den Kapitalismus und zugleich für den Sozialismus sein. Die Befreiung der Frauen aus dem Joch der Erwerbsarbeit liegt nicht auf dem Wege rückwärts in die Zeiten der Frauenentrechtung, sondern auf dem Wege vorwärts zu ihrer vollen Gleichberechtigung mit dem Mann.

Gewinnermäßigung erwarten, sondern den fast völligen Fortfall allen Gewinns auch für das Kapital. Nur das hätte in Einklang gestanden mit den Trauergeängen der Unternehmer all die langen Monate hindurch; nur das hätte einen — vom kapitalistischen Standpunkt aus — wirklich berechtigten Anlaß geboten zu den unerhörten Lohnkürzungen, zu den unerhörten Steigerungen der Arbeitsschärfe usw., die fortgesetzt im Gange sind. Davon ist aber nichts zu spüren. Das gut kapitalistisch und staaterhaltend gesinnte Berliner Tageblatt hat am 7. März festgestellt, daß rund 7000 deutsche Industrieunternehmen, alle zusammen gerechnet (es sind auch ein gut Teil Verluste darunter), ihre Dividenden nur von 6 auf 5 1/2 vH ermäßigt haben, also nur sehr wenig. Das läßt, wiederum vom rein kapitalistischen Standpunkt aus, nur den Schluß übrig, daß das Kapital die Verluste des Krisenjahres von sich auf die Arbeiter und Angestellten abgewälzt hat, daß es sich auf Kosten der Arbeiterklasse gesündigt gemacht hat.

„Mußten“ sie wirklich herabgesetzt werden? Greifen wir eine besonders markante Gruppe heraus: die großen Banken. Sie haben samt und sonders ihre Dividende um 4 vH ermäßigt. Wer von ihnen im vorigen Jahr 12 vH gab, gibt diesmal 8 vH, wer 11 vH zahlte, zahlt jetzt 7 vH, wer 10 vH hatte, ermäßigt auf 6 vH. Schon diese Übereinstimmung, diese Gleichmäßigkeit muß auffallen. Und in der Tat, sie ist vorher verabredet worden. Die Leiter der großen Banken sind vorher zusammengekommen und haben sich auf diese gleichförmige Dividendenermäßigung geeinigt.

Das sagt eigentlich genug. Es besagt, daß es zum großen Teil vom Belieben der Verwaltung abhängt, wie hoch sie die Dividende bemessen will. Folglich kann man aus der Höhe der Dividende nichts oder wenigstens nichts Genügendes über die Geschäftslage des Unternehmens schließen. Jede größere Direktion bestimmt zuerst, wie hoch die Dividende sein soll, und danach richtet sie dann ihren Jahresabschluß ein. Sie „frisirt“ ihn, wie ganz offen in der bürgerlichen Presse gesagt wird. Gerade über die diesjährigen Abschlüsse der Großbanken lesen wir in der Berliner Handelspresse Äußerungen wie die folgenden: „Die einheitliche Dividendenkürzung um 4 vH ist ein Resultat, über dessen volkswirtschaftlichen Wert sehr zu streiten ist. Keinesfalls wird die Erkenntnis davon gefördert, was nun tatsächlich an Rentabilität erzielt worden ist... Schließlich handelt es sich bei diesen demonstrativ gezeigten Einbußen nur um den Rest, der nach Einbehaltung der nicht ausgewiesenen Gewinne verblieben ist... Auch in diesem Jahr entsprechen die Reingewinne überraschend genau den beabsichtigten Gewinnverteilungen... So ist die Rechnungslegung über das Krisenjahr 1930 bewußt auf eine nüchterne Bilanzierung abgestellt.“

Noch einmal: das sagen nicht wir, das sagt die bürgerliche Handelspresse. Es bedeutet: die Direktionen der Aktiengesellschaften schreiben in ihre Bilanzen hinein, was sie wollen; sie bemessen die Dividenden so hoch oder so niedrig, wie es ihnen beliebt, wozu sie alle möglichen Gründe haben, alle möglichen Zwecke verfolgen können. Folglich, wenn sie die Dividenden beschneiden, so bedeutet das nicht, daß das Jahr schlecht war, sondern daß sie es als schlecht erscheinen lassen wollen. Und wenn sie nun in einem Krisenjahr immer noch so hohe Dividenden verteilen, so dürfen wir gestrost annehmen, daß sie das menschenmögliche getan haben, um das Bild zu schwärzen, und daß die Lage für das Kapital in Wahrheit noch weit besser gewesen ist.

Ibykus.

## Sturmzeichen im Ruhrgebiet

Der Arbeitgeberverband Nordwest der Eisen- und Stahlindustrie hat am 31. März die mehrfach angesagte Kündigung des Rahmentarifs für die Hüttenindustrie ausgesprochen. Der Zechenverband hat sich gleichfalls „mit Rücksicht auf die schlechte wirtschaftliche Lage“ veranlaßt gesehen, die Rahmentarife für die Arbeiter und Angestellten zu kündigen. Die Gleichzeitigkeit des Vorgehens der beiden größten Unternehmergruppen des Ruhrgebiets läßt auf einen planmäßigen Austausch auf die Arbeitsbedingungen schließen. Es kommen bei diesen Tarifkündigungen insgesamt 500 000 Leute in Betracht. Die Firma Krupp hat in ihren weiterverarbeitenden Betrieben in Essen 1200 Arbeiter und 40 Angestellten gekündigt.

## Was geschieht mit den Fluchtgeldern?

Ein Teil der Kapitalien, die nach dem Ausland flüchteten, wird brachgelegt, da er einer nutzbringenden Verwendung überhaupt nicht zugeführt werden kann. Ein beträchtlicher Teil der Fluchtgelder, die im Ausland nur niedrig verzinst werden, fließt nach Deutschland zurück in Form von kurzfristigen Darlehen, die von den ausländischen Banken, die die Fluchtgelder verwahren, deutschen Banken angeboten werden. Freilich ist die kurzfristige Verwendung dieser Kapitalien an Stelle von langfristigen Anlagen zu sich unerwünscht. Trotzdem ist eine kurzfristige Verwendung dieser Kapitalien noch besser, als wenn sie überhaupt nicht angeboten würden. Indessen wird, wie in der Zeitschrift Economist ausführlich geschildert wird, das Fluchtkapital auch in einer solchen Weise verwendet, die die ausländische Schuldlast der deutschen Wirtschaft erheblich vermindert. Die deutschen Auslandsanleihen haben zurzeit infolge der allgemeinen Krise einen niedrigen Kursstand. So besteht ein großer Anreiz, diese Auslandsanleihen (Schuldverschreibungen) zu niedrigen Preisen zurückzukaufen. Die Unternehmen, die jene Anleihen erhielten, zahlen jetzt einen Teil ihrer Schuld zurück indem sie die Schuldverschreibungen auf den Börsen billig ankaufen. Ein erheblicher Teil der in letzter Zeit nach Deutschland geflossenen kurzfristigen Auslandskredite wurde von deutschen Unternehmen und vielfach auch von Gemeinden zu einer solchen Schuldentilgung verwendet. Darüber hinaus werden mit den Fluchtkapitalien häufig ausländische Dollarobligationen der deutschen öffentlichen Hand gekauft.

Da es vielfach angenommen wird, daß eine auswärtige Schuld der öffentlichen Hand sicherer zurückgezahlt wird als deren innere Schulden, haben viele deutsche Kapitalbesitzer, die in Deutschland selbst keine Staatspapiere kaufen, einen Teil ihres Kapitals in deutschen Staatsanleihen, die auf Dollar lauten und deren Kurse zurzeit sehr gedrückt sind, angelegt. Auf diese Weise wurden — schreibt Economist — in den Vereinigten Staaten Schuldverschreibungen im Werte von mehreren hundert Millionen Dollar von europäischen Kapitalbesitzern zurückgekauft zu Preisen, die um 10 bis 20 vH unter den Preisen liegen, zu denen seinerzeit die Schuldverschreibungen in den Verkehr gebracht wurden.

„Die Pflichten der Frau sind Gebären und Haus-sorgen. Politik ist Männersache. Die Frau wird erst mit ihrer Verheiratung volle Staatsbürgerin. Das Hauptgewicht der weiblichen Erziehung ist auf die körperliche Erziehung, erst dann auf die Förderung der seelischen und zuletzt der geistigen Werte zu legen; das Ziel der weiblichen Erziehung hat die kommende Mutter zu sein.“

Das sind so einige Blüten aus der schriftlich bekundeten Stellungnahme der Nationalsozialisten zur Frau und zur Frauenarbeit. Wenn man den Worten der Nazi glauben dürfte, dann würde, wenn sie zur Macht kommen sollten, die Erwerbstätigkeit der Frauen überhaupt abgeschafft.

Diese Aussicht mag mancher Arbeiterin, die heute gezwungen ist, in der industriellen Siele zu schuften, gar nicht so übel erscheinen. Denn dann wäre sie ja mit einem Schläge die Sorgen um den Lebensunterhalt und die lange qualvolle Arbeit in den rationalisierten Fabriken los. Nur erfährt sie leider nicht, auf welche Weise die Nationalsozialisten ihr denn eigentlich im geheiligten „Dritten Reich“ die Garantie für einen gesicherten Lebensunterhalt verschaffen wollen!

Bei der großen Überzahl der weiblichen Bevölkerung können auch die Faschisten unmöglich jeder Frau einen Mann, einen „Ernährer“, aus der Erde stampfen. Außerdem weiß jede verheiratete Frau heute zur Genüge, daß Verheiratetsein noch lange nicht dasselbe bedeutet wie Versorgtsein. Im Gegenteil, meist fängt mit der Ehe das Elend erst recht an. Da wird der Mann arbeitslos, da ist der Lohn des Mannes so gering, daß nicht einmal er allein davon leben könnte, geschweige denn eine ganze Familie. Die Frau muß mitverdienen, und sie hat nun nicht mehr wie vordem nur die eine Arbeit, sondern daneben noch die ganze Versorgung des Haushalts, des Mannes und der Kinder. Die Nationalsozialistische „Arbeiter“-Partei denkt aber gar nicht daran, diese Verhältnisse zu ändern. Deshalb läuft ihre Stellungnahme zur Frau und zur Frauenarbeit nur auf die völlige Entrechtung der proletarischen Frau hinaus bei noch immer schlimmerer Verelendung der Proletarierfamilien. Gerade an der nationalsozialistischen Stellungnahme zur Frauenarbeit kann man so recht die Demagogie der Faschisten erkennen.

Die Nationalsozialisten sind ja keineswegs für einen Sozialismus, wie ihn die klassenbewußte Arbeiterschaft versteht. Der „Sozialismus“ der Nazis ist, wie das erst vor kurzem einer ihrer theoretischen Schrittmacher (Reupke: Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft) wieder hervorgehoben hat, ein „deutscher Sozialismus“, der die kapitalistische Provitwirtschaft und damit das Ausbeutungssystem ausdrücklich bestehen lassen will. In jeder Rede, in jeder Veröffentlichung der Nationalsozialisten wird heute betont, daß das „schaffende“ Kapital, d. h. der Privateigentümer der Produktionsmittel, der Fabriken und des Grund und Bodens für unentbehrlich gehalten und von den Nazis gegen alle Angriffe geschützt wird. Die Frauenarbeitsarbeit ist aber eine zwangsläufige Folge- und Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die nationalsozialistischen Führer wissen das auch ganz genau, und im faschistischen Italien z. B. hat man keine Minute daran gedacht, die Frauenarbeitsarbeit zu verbieten. Die Proletarierinnen gehen dort genau so in die Fabriken wie bei uns und werden dort noch mehr ausgebeutet als vor Errichtung der Faschisten-Diktatur. Die Parole: Die Frau gehört ins Haus! erweist sich damit ganz offen nur als Handhabe, um die Frauen weiter zu entrechten und, als minderwertig, noch mehr zu Lohnrückerinnen zu machen, als sie es bisher schon sind.

## Lebensfähigkeit des Handwerks

Die Reichshandwerkswoche machte es wieder einmal deutlich, daß sich das Handwerk gut zu behaupten vermochte. Die riesig gesteigerte Industriewirtschaft befestigte die Annahme, daß nur noch der Großbetrieb Daseinsberechtigung in einer modernen Volkswirtschaft habe. Die Entwicklung ist anders verlaufen. Die große Industrie hat an Bedeutung zugenommen, aber das Handwerk hat dabei seine alte Stellung nicht eingebüßt. Von den 1926 bestehenden 130787 Handwerksbetrieben wurden 151704 Gesellen, 766666 Lehrlinge und 109000 Angestellte beschäftigt. Auf 1000 Einwohner entfielen 1882: 32, 1895: 22 und 1926: 21 selbstständige Handwerksmeister. In den letzten dreißig Jahren ist die Zahl der Handwerker fast gleich geblieben. Dem Handwerk wurden teilweise neue Betätigungsmöglichkeiten durch die moderne Entwicklung zugewiesen.

Der Enquete-Ausschuß hat festgestellt, daß der Großstädter



Die Galatzer-Kommission zur Arbeitslosenfrage wird nächsten formulierte Vorschläge zur Maßnahmen der privaten Wirtschaft der Verwaltung u. der Gesetzgebung überreichen. (Pressemeldung.)

für seine Ansprüche mehr Handwerksarbeit braucht, als der Landbewohner. Für 1928/29 ist der Umsatz des deutschen Handwerks auf 20,6 Milliarden geschätzt worden. Man kann also von einer wirtschaftlichen Großmacht sprechen. Dies wird zum Ausdruck gebracht durch die gute Organisation der Handwerksmeister. Die Zahl der Innungen betrug 1926 17 106 mit 936 498 Mitgliedern. Rund drei Viertel aller Handwerksmeister sind in Innungen organisiert.

Ein sehr wesentlicher Satz in der Einleitung des sozialdemokratischen Erfurter Programms lautet: „Die ökonomische Entwicklung führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privatigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet.“ Diese Annahme hat sich nicht als berechtigt erwiesen. Das Handwerk hat sich behauptet trotz aller Zusammenballung in Großbetrieben und trotz oder gerade infolge aller technischen Erfindungenschaften. Dies sollte nicht außer acht gelassen werden.

## Kapitalaufwand je Arbeitsplatz

Auf einer Tagung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit in Westdeutschland behandelte ein Redner die wirtschaftliche Betriebsführung in Krisenzeiten. Bei der Frage der Mechanisierung der Produktion gab der Redner Zahlen über das in Maschinen und Einrichtungen angelegte Kapital je Kopf der produktiven Arbeiter bekannt. Hierfür wurden je Arbeiter aufgewendet:

in den Vereinigten Staaten . . . . .	21 806 M
in Deutschland im Durchschnitt . . . . .	6 413 M
in der deutschen Maschinenindustrie . . . . .	7 000 M bis 8 000 M
in der deutschen Elektroindustrie . . . . .	8 000 M bis 10 000 M
in der deutschen Fahrzeugindustrie . . . . .	8 000 M bis 9 000 M
in der deutschen Druckereindustrie . . . . .	6 000 M bis 7 000 M
in der deutschen Textilindustrie . . . . .	6 000 M bis 7 000 M
in der deutschen Textilveredlungsindustrie . . . . .	5 000 M bis 6 000 M
in Frankreich im Durchschnitt . . . . .	6 128 M
in England . . . . .	6 014 M
in Italien . . . . .	4 222 M
in Rumänien . . . . .	862 M

Es besteht also ein großer Unterschied zwischen dem Kapitalaufwand für den Arbeitsplatz eines produktiven Arbeiters, vor allem zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Industrieländern. Aber auch die Unterschiede zwischen Deutschland und den übrigen Staaten sind nicht gering.

## Die Metallarbeiter-Zeitung

gründlich lesen, dann weitergeben an Unorganisierte und Gleichgültige. Werbt mit eurer Zeitung für eure Sache!



# Technik und Werkstatt



## Technische Neuheiten am Kraftwagen Die Internationale Automobilausstellung im Querschnitt

Von Zivilingenieur Wolfgang Vogel

(Schluß)

Es ist ein Unding, von einem ohne Chauffeur fahrenden und sein Fahrzeug selbst betreuenden Laien zu verlangen, daß er allabendlich die täglich zu versorgenden Schmierstellen (an der Zahl etwa bis zu ein Viertelhundert) mit der Schmierpresse bedient. Weil ihm eben die Ausführung dieser Schmierarbeit lästig ist, besteht die Gefahr, daß er oft fünf gerade sein läßt und meint, die Schmierung auch bis zum nächsten Tage verschieben zu können, so daß er also anstatt täglich, nur alle zwei Tage die erwähnten Nebenstellen bedient. Das bedingt vorzeitiges Altern des betreffenden Wagens, Ärger für den Fahrer und Beschwerden bei der Fabrik. Es ist deshalb erfreulich, daß die Zentralschmierung für das Chassis mehr und mehr sich einbürgert. Wir finden sie schon bei Kleinwagen, wie beim Hanomag, und dürfen sie berechtigterweise deshalb bei allen teuren Wagen als Selbstverständlichkeit erwarten. Es wird sehr bald die Zeit kommen, wo die Zentralschmierung die heutige Hochdruckschmierung verdrängt hat. Ein Übergangssystem war ebenfalls ausgestellt, die Hochdruckschmierung mit Daueröler. Sie ist keine Zentralschmierung, aber jede Schmierstelle erhält einen kleinen Vorratsbehälter, der mit Hilfe der Schmierpresse mit Öl gefüllt wird und so den Fahrer für lange Zeit von der lästigen Bedienung der sogenannten Nebenstellen, die trotz dieses Namens gegen Nichtschmierer sehr empfindlich sind, befreit.

In dem Wunsche, immer neue Käuferschichten sich zu erschließen, sind viele Fabriken zur Konstruktion von Kleinwagen übergegangen. Diese Wagen müssen, wenn ihr Preis und ihre Unterhaltungskosten einen Kaufreiz bieten sollen, leicht und deswegen nicht allzu lang sein. Ein kurz gebauter Wagen hat aber eine schlechtere Straßenlage als ein langer. Man hat nun die Beobachtung gemacht, daß Fahrzeuge mit Schwingachsen fester an der Straße „kleben“ als solche der Standardkonstruktion, also mit festen Achsen, und so ist die Schwingachsfrage aufgetaucht. Verschiedene Fahrzeugfabriken wählen außerdem den Vorderradantrieb aus gleiche Gründe, und weil sie ihnen außerdem, da die ganze Maschinenanlage sich dann vorn unter der Haube befindet und eine die Hinterräder antreibende Kardanwelle fehlt, die Möglichkeit bietet, den Wagenkasten und damit den Schwerpunkt des ganzen Systems tief zu legen, was wiederum die Straßenlage des Wagens, insbesondere in Kurven, verbessert. Wagen der Mitteltype halten mit geringen Ausnahmen an der Standardbauart fest. Eine ganz schwere Konstruktion von Henschel dagegen weist Vorderradantrieb und hintere Schwingachsen eigenartiger Bauart auf.

Über die Wagenbeleuchtung ist nicht viel Neues zu melden, denn die Scheinwerferkonstruktion hat sich, von Außerlichkeiten abgesehen, nicht geändert. Man verwendet also Biluxlampen für Fern- und Nahlicht. Ein Problem bleibt die Beleuchtung bei starkem Nebel. Bei derartigem Wetter sind die eigenen Scheinwerfer der größte Feind des Wagenlenkers. Ihr Licht wird von der Nebelwand reflektiert und sie blenden ihn dadurch, anstatt die Fahrbahn zu erhellen. Bosch stellte fest, daß ein mit seinem Strahlbündel stark nach unten gerichteter Scheinwerfer erwähnten Fehler nicht hervorbringt. Er zeigte deshalb sein Nebellicht, das abweichend von den bekannten Ausführungsformen, die lediglich durch Gelscheiben oder Riffelscheiben zu wirken versuchen, gebaut ist. Es besteht aus einer Hilfslampe, die etwa in der Mitte des Kühlers angebracht wird und ihre Strahlen schräg nach vorn wirft.

Das Shimmytanzen der Vorderräder bei Schnellfahrt ist eine bekannte und wenig beliebte Erscheinung. Die meisten Firmen beschreiben augenblicklich den Weg, durch Anti-Flutter-Blöcke oder dergleichen diesem „Aus-der-Reihe-tanzen“ der Vorderräder zu begegnen. Es gibt andere Firmen, die von derartigen Vorrichtungen nichts halten, weil sie meinen, dem Übel an der Quelle begegnen zu können. Deutlicher gesagt, den „Wackeltanz“ der Vorderräder mit Unbalance erklären. Sie balancieren deshalb mit großer Sorgfalt ihre Räder aus und erreichen damit Erfreuliches.

Ganz und gar in den Windeln liegt noch die Federung des Kraftwagens. Je weniger belastet der Wagenkasten eines Personautos ist, desto schlechter wird die Federung. Man findet einen deutlichen Unterschied, ob man zum Beispiel einen kleinen Wagen mit einer oder mit vier Personen belastet benutzt. Für den Einzelfahrer sind die Federn viel zu hart, bei Belastung mit vier Personen dagegen ist das Fahren sanft. Der sehr nahe liegende Weg, die Federung in ihrer Wirkung verstellbar zu machen, wurde insbesondere bei schweren Lastwagen bereits beschritten. Von einer vollkommenen Lösung der Frage kann man nicht sprechen.

Die heutigen Kraftfahrzeuge machen zum großen Teil außen einen sehr gefälligen Eindruck, zumal, wenn sie soeben aus der Hand des Wagenwaschers kommen und ihre Fahrt erst beginnen. Nach kurzer Zeit kann man das Gegenteil behaupten. Die ganze kostspielige und langwierige Wascherei war umsonst. Das Bestreben sollte dahin gehen, dem Wagen eine, gegen Beschmutzung möglichst unempfindliche Außenhaut zu geben, die es gleichzeitig gestattet, schnell und mit derben Mitteln allen Schmutz wieder zu entfernen. Mit dem empfindlichen Wagenlack muß aber behutsamer umgegangen werden, als mit einem rohen Ei. Ansätze hier Besserung zu schaffen, sind vorhanden. Die Zeit ist nicht mehr fern, wo auch der dümmste Wagenkäufer sich nicht lediglich nach der Steuer, die ja festliegt, und

nach dem Benzinverbrauch, der ihm gewöhnlich schön gefärbt mitgeteilt wird, erkundigen wird, sondern in der er sämtliche Unterhaltungskosten seines Wagens, wozu auch die für die Reinigung gehören, mit in Rechnung stellt. Wer seinen Wagen nicht selbst wäscht, muß dafür alljährlich einen erheblichen Betrag zahlen, weil eben die Reinigung sehr behutsam zu erfolgen hat. Ein Wagen mit robuster Außenhaut ließe sich schnell reinigen, und diese Kosten würden deshalb stark herabgesetzt. Ein Fahrzeug, dessen Äußeres gleichzeitig Schmutz und Staub nur wenig sichtbar werden läßt, würde immer einen angenehmen Eindruck machen.

Fichtel & Sachs zeigten als Neuheit ihren Tretradmotor, der es gestattet, motorisierte Treträder in der

Preisgröße von etwa 200 M komplett zu liefern. Der Motor ist Zweitakter, leistet etwa 1 1/4 Brems-PS, bringt das Fahrzeug auf 30 Kilometer in der Ebene und gestattet bei Einschaltung des zweiten Ganges (Kuppelung und zweigängiges Getriebe sind vorgesehen) ohne Pedalbenutzung Steigungen bis zu 18 vH zu bewältigen. Das Hinterrad wird durch Kette angetrieben. Wenn nicht das leider oft die Absichten des Konstrukteurs über den Haufen werfende Publikum verlangen wird, daß dieses billige Rad noch einen Sozios befördern soll und dadurch überlastet wird, so dürfte diesem Motorchen eine gute Zukunft bevorstehen.

Einige Firmen brachten Wagen mit Freilauf, also eine Vorrichtung, die dem Freilauf der Treträder entspricht, mit dem wesentlichen Unterschiede, daß es sich hier um Beherrschung größerer Kräfte handelt. An und für sich sind die Vorzüge, die sich in dieser Art ergeben können, einleuchtend. Als Hauptfehler wird zu erwähnen sein, daß man bei Gebirgsfahrten den Motor als Bremse verliert. Aber dem läßt sich durch eine Sperrvorrichtung für den Freilauf begegnen. Ob sich die Bauart einführen wird, bleibt abzuwarten.

## Die Lebensdauer des Papiergeldes

Wie im Leben alles vergänglich ist, so ist es auch der Geldschein. Die Reichsbanknoten werden in der Reichsdruckerei nach besonderem Verfahren und aus besonderem Material hergestellt. Dann kommen sie in großen Stößen in die Tresore der Reichsbank, wo sie übernommen, gezählt und gebündelt werden, um von hier aus ihre Wanderung durch das Wirtschaftsleben zu beginnen. Das Papiergeld dient als Ersatz des in den Kellern der Reichsbank lagernden Goldes. Der Goldbestand der Reichsbank betrug Anfang März 2,3 Milliarden Mark. Der Betrag der umlaufenden Noten stellte sich auf 4,2 Milliarden.

Die Lebensdauer einer Papiernote ist sehr verschieden. Ein Zehnmarkschein hat ungefähr ein Durchschnittsalter von 2 bis 3 Jahren. Er kehrt in dieser Zeit etwa dreimal an seinen Ausgangspunkt, der Reichsbankhauptkasse in Berlin zurück. Die Zwanzigmarkscheine üben im Durchschnitt von drei Jahren ihre Funktion aus, während die Fünfziger und Hunderter 3 1/2 Jahre und die Tausendmarkscheine etwa 4 bis 4 1/2 Jahre im Umlauf bleiben. Am Ende ihrer Wanderung kommen die Geldscheine beschmutzt, eingerissen, abgegriffen, mit Papierstreifen zusammengehalten, an die Stelle zurück, von der sie ausgegangen sind. In der Berliner Zentrale der Reichsbank werden sie dann aussortiert, gebündelt und in Beuteln den Lochmaschinen zuge-

führt, wo sie entwertet werden. Schließlich sollen sie in vergitterten Wagen zur Vernichtungsmaschine. Diese Maschine zerlegt die Scheine in ihre Urbestandteile. Sie werden zerrissen und zermahlen und verwandeln sich schließlich durch den Zusatz von Heißwasser in einen Brei. Die Papierfabriken erhalten schließlich die Rückstände, um sie zu Packpapier oder Kartorpappe zu verarbeiten. Im Jahre 1929 wurden 93 Millionen Banknoten im Werte von 2069 Mill. Mark, und zwar 49 Millionen Zehnmarkscheine, 29 Millionen Zwanzigmarkscheine, 11 Millionen Fünfziger, 3,5 Millionen Hundertmarkscheine und 91 000 Tausendmarkscheine vernichtet.

So endet das Leben eines unter besonderem Verfahren bedruckten Papiers, das durch die Münzhoheit des Staates die besondere Rolle als Geldschein zu dienen, zugewiesen bekam. Von dem Ausgangspunkt einer Geldnote, dem Versandraum der Reichsdruckerei, bis zu den vergitterten Kastenwagen, der die Scheine der Vernichtung zuführt, liegt ein Zeitraum von durchschnittlich drei Jahren. Und doch knüpft sich an jeden Geldschein ein Stückchen Lebensgeschichte des Volkes. Wenn jeder Geldschein erzählen könnte, so würde er das vielgestaltige und bunte Leben einer Nation sehr treffend wiedergeben können. Liebe, Haß, Verbrechen, Wohltat, Streit und Zank spielen sich in bunter Reihenfolge in dem Leben eines Geldscheines ab. Manches Menschenschicksal wird er beeinflusst haben.

## Handschliff oder Maschinenschliff bei Spiralbohrern?

Von Ing. Alfred Nauck

Es ist bekannt, daß ein Spiralbohrer nur dann zufriedenstellende Arbeit leisten und ein seinem Durchmesser entsprechendes Bohrloch herstellen kann, wenn er richtig geschliffen ist. Der genaue Anschliff verhindert die sonst möglichen Bohrfehler durch ungleiche Schnittkantlängen, ungleiche Schnittkantwinkel und falsch gewählten Schneidwinkel des Bohrers.

Die Schwierigkeiten, die bei dem Schleifen des Spiralbohrers auftreten, werden mit Sicherheit durch eine brauchbare Spiralbohrerschleifmaschine vermieden, deren Verwendung durchaus zu empfehlen ist. Allerdings ist diese Empfehlung nicht bedingungslos zu verstehen, wie wir das nachweisen wollen.

Der weitaus größte Teil der Spiralbohrer in den Betrieben wird von Hand geschliffen, und es haben gute Facharbeiter es sehr weit in der „Kunst“ gebracht, einen Spiralbohrer richtig schleifen zu können. Außerlich und ohne Zuhilfenahme einer Schleiflehre läßt sich bei gutem Augenmaß die Prüfung der gleichen Schneidlängen verhältnismäßig einfach vornehmen, während die Bemessung des Schnittwinkels schon nicht so einfach ist, aber praktisch ohne erhebliche Einbuße an Bohrleistung auch vernachlässigt werden kann. Da für genaue Arbeiten das Bohrloch doch meist nachträglich weiter bearbeitet, vorzugsweise gerieben wird, spielt praktisch die geringe Differenz, die ein nicht ganz genau angeschliffener Spiralbohrer verursacht, kaum eine Rolle. Für Bohrlöcher, die für Nietungen bestimmt sind, wird erst recht nicht eine um einige Hundertstel größer gewordene Bohrung unzulässig sein. Aus diesen und ähnlichen Gründen wird man also nicht so ohne weiteres den Handschliff eines Spiralbohrers verurteilen können, und erst recht nicht, wenn man dabei noch weiter überlegt:

Es sind vor allem noch zwei entscheidende Gründe, die für den Spiralbohrer-Handschliff sprechen und die es auch verhindern werden, daß die Spiralbohrerschleifmaschine in unseren Betrieben eine umfassende Verwendung findet, die vielleicht immer nur für ganz bestimmte Betriebsverhältnisse in Betracht kommen wird. Der unbestreitbare Vorzug des Handschliffs, nämlich die gute Anpassung an den Zerspanungsprozess der Schleifscheibe und damit die Vermeidung des Ausglühens der Bohrer-schneiden ist der Grund, und der andere die viel schnellere Durchführung der Schleifarbeit, die beim Maschinenschliff immerhin das Einlegen des Bohrers und das Anpassen der Schleifvorrichtung an die Bohrerlänge erforderlich macht. Beim Maschinenschleifen des Spiralbohrers fehlt den Arbeitern das Gefühl dafür, wie weit er mit dem jeweiligen Vorschub der zu schleifenden Bohrer-schneide gehen kann. Diese Unsicherheit wird noch dadurch vermehrt, daß Spiralbohrerschleifmaschinen mit Naßschliff eingerichtet sind, wodurch wohl die Wärmeentwicklung etwas herabgesetzt aber niemals so weit unterbunden wird, daß bei starkem Vorschub und nangelnder Aufmerksamkeit die Schneiden nicht ausgeglüht werden. Ein mehr oder weniger starkes Ausglühen bedeutet aber erheblichen Zeitverlust bei der Herrichtung des Bohrers und Verschwendung des teuren Bohrer-materials.

Die Auffassung ist durchaus unrichtig, daß der Handschliff in jedem Falle eine Verminderung der Bohrer-

leistung zur Folge hat, die erheblich unter der mit Maschinenschliff zu erzielenden liegt. Wenn es sich nicht um besondere Bohrarbeiten in starkem und hartem Werkstoff handelt, ferner bei Spezialbohrmaschinen mit Vielspindeln und bei ähnlichen speziellen Bohrarbeiten, so wird man unbedenklich für die in der Werkstatt vorkommenden Bohrungen den Handschliff anwenden können, selbst wenn der handgeschliffene Spiralbohrer wirklich etwas weniger leisten sollte als der maschinengeschliffene (was ja immerhin erst durch genaue Versuche ermittelt werden müßte). Entscheidend für die unbedingte Verurteilung des Handschliffes wäre ja erst die durch Untersuchungen festgestellte Tatsache, daß der Handschliff in der Güte ganz erheblich unter dem Maschinenschliff steht und vielleicht nur 30 bis 50 vH der Maschinenschliffleistung erlangt. Das davon gar keine Rede sein kann, ist für jeden Fachmann klar, und so ist nicht recht einzusehen, warum man eo ipso den handgeschliffenen Spiralbohrer verwirft.

Die Spiralbohrerschleifmaschine ist in den vorhandenen Konstruktionen jedenfalls nicht geeignet, den Handschliff vollkommen zu verdrängen. Abgesehen von vorerwähnten Gründen (Ausglühen der Bohrer-schneiden und Einlegen und Anpassen des Bohrers) kommt noch als weiterer Umstand hinzu, daß der Maschinenschliff nur wirtschaftlich sein kann, wenn laufend Bohrer der gleichen oder annähernd gleichen Bohrdurchmesser zu schleifen sind. Diese betriebswirtschaftliche Forderung war ins Auge gefaßt worden, als vorstehend der Maschinenschliff von Spiralbohrern für Spezialbohrarbeiten unbedingt als empfehlenswert hingestellt wurde. Es wäre vom fachmännischen Standpunkt töricht, abzustreiten, daß für derartige Zwecke der Maschinenschliff besser und genauer ausfällt. In Werkstätten, die stark unterschiedliche Bohrungen auszuführen haben, treffen jedoch die gekennzeichneten Bohrverhältnisse nicht zu, womit auch die Notwendigkeit zur Aufstellung und Inbetriebnahme einer Spiralbohrerschleifmaschine entfällt. Es wäre sehr unverständlich, in der Schleifvorrichtung nach einem Bohrer von sagen wir 25 mm Durchmesser gleich anschließend einen solchen von 5 mm schleifen zu wollen, ganz abgesehen davon, daß auf die Dauer die Schleifscheibe durch die kleinen und großen Bohrdurchmesser ungünstig beeinflusst und ungleichmäßig beansprucht wird (Rillenbildung), was auch nicht gerade für einen genauen Maschinenschliff förderlich ist. Es wird deshalb die Spiralbohrerschleifmaschine vorzugsweise und wirtschaftlich für bestimmte Bohrdurchmesser ohne stark wechselnde Unterschiede in Betracht kommen, und dabei durch geübte Arbeiter zu bedienen sein, die es mit Aufmerksamkeit zu vermeiden wissen, die Schneiden auszuglühen, welcher schwerwiegende Fehler besonders unmittelbar nach dem Einlegen in die Schleifvorrichtung aufzutreten pflegt.

Abschließend soll der Wert einer guten Bohrer-schleifmaschine nicht verkleinert und deren Verwendung für gewisse Bohrarbeiten nachdrücklich empfohlen werden. Daneben muß jedoch gerade vom Standpunkt des praktisch eingestellten Fachmannes der Handschliff eines Spiralbohrers in seiner Berechtigung und seiner Zweckmäßigkeit gekennzeichnet werden.

# Frauenarbeitsarbeit bei den Faschisten

Gewinn ermäßigung erwarten, sondern den fast völligen Fortfall allen Gewinns auch für das Kapital. Nur das hätte in Einklang gestanden mit den Trauer- gesängen der Unternehmer all die langen Monate hindurch; nur das hätte einen — vom kapitalistischen Standpunkt aus — wirklich berechtigten Anlaß geboten zu den unerhörten Lohnkürzungen; zu den unerhörten Steigerungen der Arbeitsschärfe usw., die fortgesetzt im Gange sind. Davon ist aber nichts zu spüren. Das gut kapitalistisch und staatsertreu geseinnte Berliner Tageblatt hat am 7. März festgestellt, daß rund 7000 deutsche Industrieunternehmen, alle zusammen gerechnet (es sind auch ein gut Teil Verluste darunter), ihre Dividenden nur von 6 auf 5% vH ermäßigt haben, also nur sehr wenig. Das läßt, wiederum vom rein kapitalistischen Standpunkt aus, nur den Schluß übrig, daß das Kapital die Verluste des Krisenjahres von sich auf die Arbeiter und Angestellten abgewälzt hat, daß es sich auf Kosten der Arbeiterklasse gesund gemacht hat.

„Mußten“ sie wirklich herabgesetzt werden? Greifen wir eine besonders markante Gruppe heraus: die großen Banken. Sie haben samt und sonders ihre Dividende um 4 vH ermäßigt. Wer von ihnen im vorigen Jahr 12 vH gab, gibt diesmal 8 vH, wer 11 vH zahlte, zahlt jetzt 7 vH, wer 10 vH hatte, ermäßigt auf 6 vH. Schon diese Übereinstimmung, diese Gleichmäßigkeit muß auffallen. Und in der Tat, sie ist vorher verabredet worden. Die Leiter der großen Banken sind vorher zusammengekommen und haben sich auf diese gleichförmige Dividendenermäßigung geeinigt.

Das sagt eigentlich genug. Es besagt, daß es zum großen Teil vom Belieben der Verwaltung abhängt, wie hoch sie die Dividende bemessen will. Folglich kann man aus der Höhe der Dividende nichts oder wenigstens nichts Genügendes über die Geschäftslage des Unternehmens schließen. Jede größere Direktion bestimmt zu erst, wie hoch die Dividende sein soll, und danach richtet sie dann ihren Jahresabschluß ein. Sie „frisirt“ ihn, wie ganz offen in der bürgerlichen Presse gesagt wird. Gerade über die diesjährigen Abschlüsse der Großbanken lesen wir in der Berliner Handelspresse Äußerungen wie die folgenden: „Die einheitliche Dividendenkürzung um 4 vH ist ein Resultat, über dessen volkswirtschaftlichen Wert sehr zu streiten ist. Keinesfalls wird die Erkenntnis davon gefördert, was nun tatsächlich an Rentabilität erzielt worden ist... Schließlich handelt es sich bei diesen demonstrativ gezeigten Einbußen nur um den Rest, der nach Einbehaltung der nicht ausgewiesenen Gewinne verblieben ist... Auch in diesem Jahr entsprechen die Reingewinne überraschend genau den beabsichtigten Gewinnverteilungen... So ist die Rechnungslegung über das Krisenjahr 1930 bewußt auf eine nüchterne Bilanzierung abgestellt.“

Noch einmal: das sagen nicht wir, das sagt die bürgerliche Handelspresse. Es bedeutet: die Direktionen der Aktiengesellschaften schreiben in ihre Bilanzen hinein, was sie wollen; sie bemessen die Dividenden so hoch oder so niedrig, wie es ihnen beliebt, wozu sie alle möglichen Gründe haben, alle möglichen Zwecke verfolgen können. Folglich, wenn sie die Dividenden beschneiden, so bedeutet das nicht, daß das Jahr schlecht war, sondern daß sie es als schlecht erscheinen lassen wollen. Und wenn sie nun in einem Krisenjahr immer noch so hohe Dividenden verteilen, so dürfen wir gestrost annehmen, daß sie das menschenmögliche getan haben, um das Bild zu schwärzen, und daß die Lage für das Kapital in Wahrheit noch weit besser gewesen ist.

Ibykus.

## Sturmzeichen im Ruhrgebiet

Der Arbeitgeberverband Nordwest der Eisen- und Stahlindustrie hat am 31. März die mehrfach angesagte Kündigung des Rahmentarifs für die Hüttenindustrie ausgesprochen. Der Zechenverband hat sich gleichfalls „mit Rücksicht auf die schlechte wirtschaftliche Lage“ veranlaßt gesehen, die Rahmentarife für die Arbeiter und Angestellten zu kündigen. Die Gleichzeitigkeit des Vorgehens der beiden größten Unternehmergruppen des Ruhrgebiets läßt auf einen planmäßigen Ansturm auf die Arbeitsbedingungen schließen. Es kommen bei diesen Tarifkündigungen insgesamt 500 000 Leute in Betracht. Die Firma Krupp hat in ihren weiterverarbeitenden Betrieben in Essen 1200 Arbeiter und 40 Angestellten gekündigt.

## Was geschieht mit den Fluchtgeldern?

Ein Teil der Kapitalien, die nach dem Auslande flüchteten, wird brachgelegt, da er einer nutzbringenden Verwendung überhaupt nicht zugeführt werden kann. Ein beträchtlicher Teil der Fluchtgelder, die im Ausland nur niedrig verzinst werden, fließt nach Deutschland zurück in Form von kurzfristigen Darlehen, die von den ausländischen Banken, die die Fluchtgelder verwalten, deutschen Banken angeboten werden. Freilich ist die kurzfristige Verwendung dieser Kapitalien an Stelle von langfristigen Anlagen an sich unerwünscht. Trotzdem ist eine kurzfristige Verwendung dieser Kapitalien noch besser, als wenn sie überhaupt nicht angeboten würden. Indessen wird, wie in der Zeitschrift *Economist* ausführlich geschildert wird, das Fluchtkapital auch in einer solchen Weise verwendet, die die ausländische Schuldenlast der deutschen Wirtschaft erheblich vermindert. Die deutschen Auslands-Anleihen haben zurzeit infolge der allgemeinen Krise einen niedrigen Kursstand. So besteht ein großer Anreiz, diese Auslands-Anleihen (Schuldverschreibungen) zu niedrigen Preisen zurückzukaufen. Die Unternehmen, die diese Anleihen erhielten, zahlen jetzt einen Teil ihrer Schuld zurück, indem sie die Schuldverschreibungen auf den Börsen billig aufkaufen. Ein erheblicher Teil der in letzter Zeit nach Deutschland geflossenen kurzfristigen Auslandskredite wurde von deutschen Unternehmen und vielfach auch von Gemeinden zu einer solchen Schuldentilgung verwendet. Darüber hinaus werden mit den Fluchtkapitalien häufig ausländische Dollarobligationen der deutschen öffentlichen Hand gekauft.

Da es vielfach angezogen wird, daß eine auswärtige Schuld der öffentlichen Hand sicherer zurückgezahlt wird als deren innere Schulden, haben viele deutsche Kapitalbesitzer, die in Deutschland selbst keine Staatspapiere kaufen, einen Teil ihres Kapitals in deutschen Staatsanleihen, die auf Dollar lauten und deren Kurse zurzeit sehr gedrückt sind, angelegt. Auf diese Weise wurden — schreibt *Economist* — in den Vereinigten Staaten Schuldverschreibungen im Werte von mehreren hundert Millionen Dollar von europäischen Kapitalbesitzern zurückgekauft zu Preisen, die um 10 bis 20 vH unter den Parawerten liegen, zu denen seinerzeit die Schuldverschreibungen in den Verkehr gebracht wurden.

„Die Pflichten der Frau sind Gebären und Haus-sorgen. Politik ist Männersache. Die Frau wird erst mit ihrer Verheiratung volle Staatsbürgerin. Das Hauptgewicht der weiblichen Erziehung ist auf die körperliche Erziehung, erst dann auf die Förderung der seelischen und zuletzt der geistigen Werte zu legen; das Ziel der weiblichen Erziehung hat die kommende Mutter zu sein.“

Das sind so einige Blüten aus der schriftlich bekundeten Stellungnahme der Nationalsozialisten zur Frau und zur Frauenarbeit. Wenn man den Worten der Nazi glauben dürfte, dann würde, wenn sie zur Macht kommen sollten, die Erwerbstätigkeit der Frauen überhaupt abgeschafft.

Diese Aussicht mag mancher Arbeiterin, die heute gezwungen ist, in der industriellen Siede zu schuften, gar nicht so übel erscheinen. Denn dann wäre sie ja mit einem Schlage die Sorgen um den Lebensunterhalt und die lange qualvolle Arbeit in den rationalisierten Fabriken los. Nur erfährt sie leider nicht, auf welche Weise die Nationalsozialisten ihr denn eigentlich im geheiligten „Dritten Reich“ die Garantie für einen gesicherten Lebensunterhalt verschaffen wollen!

Bei der großen Überzahl der weiblichen Bevölkerung können auch die Faschisten unmöglich jeder Frau einen Mann, einen „Ernährer“, aus der Erde stampfen. Außerdem weiß jede verheiratete Frau heute zur Genüge, daß Verheiratetsein noch lange nicht dasselbe bedeutet wie Versorgtsein. Im Gegenteil, meist fängt mit der Ehe das Elend erst recht an. Da wird der Mann arbeitslos, da ist der Lohn des Mannes so gering, daß nicht einmal er allein davon leben könnte, geschweige denn eine ganze Familie. Die Frau muß mitverdienen, und sie hat nun nicht mehr wie vordem nur die eine Arbeit, sondern daneben noch die ganze Versorgung des Haushalts, des Mannes und der Kinder. Die Nationalsozialistische „Arbeiter“-Partei denkt aber gar nicht daran, diese Verhältnisse zu ändern. Deshalb läuft ihre Stellungnahme zur Frau und zur Frauenarbeit nur auf die völlige Entrechtung der proletarischen Frau hinaus, die noch immer schlimmerer Verelendung der Proletarierfamilien. Gerade an der nationalsozialistischen Stellungnahme zur Frauenarbeit kann man so recht die Demagogie der Faschisten erkennen.

Die Nationalsozialisten sind ja keineswegs für einen Sozialismus, wie ihn die klassenbewußte Arbeiterschaft versteht. Der „Sozialismus“ der Nazis ist, wie das erst vor kurzem einer ihrer theoretischen Schrittmacher (Reupke: *Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft*) wieder hervorgehoben hat, ein „deutscher Sozialismus“, der die kapitalistische Provitwirtschaft und damit das Ausbeutungssystem ausdrücklich bestehen lassen will. In jeder Rede, in jeder Veröffentlichung der Nationalsozialisten wird heute betont, daß das „schaffende“ Kapital, d. h. der Privateigentümer der Produktionsmittel, der Fabriken und des Grund und Bodens für unentbehrlich gehalten und von den Nazis gegen alle Angriffe geschützt wird. Die Frauenarbeitsarbeit ist aber eine zwangsläufige Folge- und Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die nationalsozialistischen Führer wissen das auch ganz genau, und im faschistischen Italien z. B. hat man keine Minute daran gedacht, die Frauenarbeitsarbeit zu verbieten. Die Proletarierinnen gehen dort genau so in die Fabriken wie bei uns und werden dort noch mehr ausgebeutet als vor Errichtung der Faschisten-Diktatur. Die Parole: Die Frau gehört ins Haus! erweist sich damit ganz offen nur als Handhabe, um die Frauen weiter zu entrechten und, als minderwertig, noch mehr zu Lohndrückerinnen zu machen, als sie es bisher schon sind.

Wie ist die heutige Frauenarbeitsarbeit entstanden? Sie entstand mit der Teilung und Mechanisierung der Fabrikarbeit. Sie entstand, als die Fabriken noch mit dem Handwerk um die Vorherrschaft rangen und als der Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten einsetzte. Der Fabrikbesitzer brauchte billige Arbeitskräfte, und er setzte deshalb, wie heute bei der Rationalisierung, mit der zunehmenden Mechanisierung der Arbeit gelehrte Männer auf die Straße und stellte ungelernete Frauen und Kinder dafür ein. Eine vortreffliche Schilderung von diesem Prozeß haben wir in Friedrich Engels „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“.

In Deutschland stieg der Anteil der Frauen an der Erwerbsarbeit von 1882 bis 1895, den Jahren der ersten allgemeinen Berufszählungen, in den Buchbindereien und Kartonagenfabriken um rund 7 vH, in der Handschuh- und Krawattenindustrie um 10,35 vH, in Strickereien und Wirkereien um rund 15 vH. Im Jahre 1907 stellten die Frauen insgesamt 33,8 vH aller Erwerbstätigen, im Jahre 1925 schon 35,9 vH. Da inzwischen die große Rationalisierungswelle mit ihrer weiteren Mechanisierung der Arbeit erst richtig einsetzte, so hat sich der Hundertsatz zweifellos noch weiter zugunsten der Frauenarbeitsarbeit verschoben. In den letzten Jahren ist der Anteil der Frauen gerade auch in solchen Industrien stark gewachsen, die nicht als typische Frauenindustrien galten, so in der Elektrotechnik und Feinmechanik, im Maschinenbau (hier von 1,7 vH im Jahre 1907 auf 6 vH im Jahre 1925), im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe u. a. Der Satz der Verheirateten unter den erwerbstätigen Frauen, also der Frauen, die einen „Ernährer“ haben, ist von 21,3 im Jahre 1907 auf 31,7 vH im Jahre 1925 gestiegen.

Diese Frauen gehen ganz gewiß nicht zum Vergnügen in die Fabrik, sondern aus bitterster Not. Der Kapitalist, den die Nationalsozialisten schützen, sucht aber gerade die Frauenarbeit. Für ihn ist sie billiger als die Männerarbeit. Außerdem sind die Frauen fast immer ein willigeres Ausbeutungsobjekt als die Männer, weil sie im allgemeinen weniger geschult und weil sie mit Arbeit noch mehr überlastet sind als jene. Der Kapitalist ist wohl für die weitere Entrechtung der Frau, die das Programm der Nazis fordert, aber nicht gegen die Frauenarbeitsarbeit überhaupt. Wenn er sich in Zeiten besonders großer Arbeitslosigkeit hier und da mit der Entlassung verheirateter Frauen einverstanden erklärt, so hindert ihn dies keineswegs daran, ihnen Männer und Familienväter folgen zu lassen. Außerdem sind ihm solche Entlassungen auch nur wieder ein Mittel zu neuem Lohndruck auf die weibliche sowie auf die männliche Arbeiterschaft. Diese unsere Behauptungen werden in allen kapitalistischen Ländern, auch im faschistischen Italien, täglich durch die Praxis bewiesen. Es ist also ein großer Trugschluß, wenn Arbeiterinnen glauben sollten, daß sie durch den Faschismus wirklich von der Erwerbsarbeit befreit würden. Die Nationalsozialisten sind der vorkeinem Mittel der Gewalt zurückschreckende Vortrupp des Kapitalismus und damit auch die schlimmsten Feinde der Arbeiterin.

Wer die Arbeiterinnen und mit ihnen die gesamte Arbeiterklasse aus dem heutigen Elend und aus der Lohnsklaverei befreien will, der kann nicht für den Kapitalismus und zugleich für den Sozialismus sein. Die Befreiung der Frauen aus dem Joch der Erwerbsarbeit liegt nicht auf dem Wege rückwärts in die Zeiten der Frauenentrechtung, sondern auf dem Wege vorwärts zu ihrer vollen Gleichberechtigung mit dem Mann. J.

## Lebensfähigkeit des Handwerks

Die Reichshandwerkswoche machte es wieder einmal deutlich, daß sich das Handwerk gut zu behaupten vermochte. Die riesig gesteigerte Industriewirtschaft befestigte die Annahme, daß nur noch der Großbetrieb Daseinsberechtigung in einer modernen Volkswirtschaft habe. Die Entwicklung ist anders verlaufen. Die große Industrie hat an Bedeutung zugenommen, aber das Handwerk hat dabei seine alte Stellung nicht eingebüßt. Von den 1926 bestehenden 1 307 876 Handwerksbetrieben wurden 1 517 046 Gesellen, 766 666 Lehrlinge und 109 000 Angestellte beschäftigt. Auf 1000 Einwohner entfielen 1882: 32, 1925: 22 und 1926: 21 selbständige Handwerksmeister. In den letzten dreißig Jahren ist die Zahl der Handwerker fast gleich geblieben. Dem Handwerk wurden teilweise neue Betätigungsmöglichkeiten durch die moderne Entwicklung zugewiesen.

Der Enquete-Ausschuß hat festgestellt, daß der Großstädter



Die Gutachter-Kommission zur Arbeitslosenfrage wird nächsten formulierte Vorschläge zur Maßnahmen der privaten Wirtschaft der Verwaltung u. der Gesetzgebung überreichen. (Pressemeldung.)

für seine Ansprüche mehr Handwerksarbeit braucht, als der Landbewohner. Für 1928/29 ist der Umsatz des deutschen Handwerks auf 20,6 Milliarden geschätzt worden. Man kann also von einer wirtschaftlichen Großmacht sprechen. Dies wird zum Ausdruck gebracht durch die gute Organisation der Handwerksmeister. Die Zahl der Innungen betrug 1926 17 106 mit 936 498 Mitgliedern. Rund drei Viertel aller Handwerksmeister sind in Innungen organisiert.

Ein sehr wesentlicher Satz in der Einleitung des sozialdemokratischen Erfurter Programms lautet: „Die ökonomische Entwicklung führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet.“ Diese Annahme hat sich nicht als berechtigt erwiesen. Das Handwerk hat sich behauptet trotz aller Zusammenballung in Großbetrieben und trotz oder gerade infolge aller technischen Erfindungen. Dies sollte nicht außer acht gelassen werden.

## Kapitalaufwand je Arbeitsplatz

Auf einer Tagung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit in Westdeutschland behandelte ein Redner die wirtschaftliche Betriebsführung in Krisenzeiten. Bei der Frage der Mechanisierung der Produktion gab der Redner Zahlen über das in Maschinen und Einrichtungen angelegte Kapital je Kopf der produktiven Arbeiter bekannt. Hierfür wurden je Arbeiter aufgewendet:

in den Vereinigten Staaten . . . . .	21 806 M
in Deutschland im Durchschnitt . . . . .	6 413 M
in der deutschen Maschinenindustrie . . . . .	7 000 M bis 8 000 M
in der deutschen Elektroindustrie . . . . .	8 000 M bis 10 000 M
in der deutschen Fahrzeugindustrie . . . . .	8 000 M bis 9 000 M
in der deutschen Druckereindustrie . . . . .	6 000 M bis 7 000 M
in der deutschen Textilindustrie . . . . .	6 000 M bis 7 000 M
in der deutschen Textilveredlungsindustrie . . . . .	5 000 M bis 6 000 M
in Frankreich im Durchschnitt . . . . .	6 128 M
in England . . . . .	6 014 M
in Italien . . . . .	4 222 M
in Rumänien . . . . .	862 M

Es besteht also ein großer Unterschied zwischen dem Kapitalaufwand für den Arbeitsplatz eines produktiven Arbeiters, vor allem zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Industrieländern. Aber auch die Unterschiede zwischen Deutschland und den übrigen Staaten sind nicht gering.

**Die Metallarbeiter-Zeitung**  
gründlich lesen, dann weitergeben an  
Unorganisierte und Gleichgültige.  
Werbt mit eurer Zeitung für eure Sache!



# Technik und Werkstatt



## Technische Neuheiten am Kraftwagen

### Die Internationale Automobilausstellung im Querschnitt

Von Zivilingenieur Wolfgang Vogel

(Schluß)

Es ist ein Unding, von einem ohne Chauffeur fahrenden und sein Fahrzeug selbst betreuenden Laien zu verlangen, daß er allabendlich die täglich zu versorgenden Schmierstellen (an der Zahl etwa bis zu ein Viertelhundert) mit der Schmierpresse bedient. Weil ihm eben die Ausführung dieser Schmierarbeit lästig ist, besteht die Gefahr, daß er oft fünf gerade sein läßt und meint, die Schmierung auch bis zum nächsten Tage verschieben zu können, so daß er also anstatt täglich, nur alle zwei Tage die erwähnten Nebenstellen bedient. Das bedingt vorzeitiges Altern des betreffenden Wagens, Ärger für den Fahrer und Beschwerden bei der Fabrik. Es ist deshalb erfreulich, daß die Zentralschmierung für das Chassis mehr und mehr sich einbürgert. Wir finden sie schon bei Kleinwagen, wie beim Hanomag, und dürfen sie berechtigterweise deshalb bei allen teuren Wagen als Selbstverständlichkeit erwarten. Es wird sehr bald die Zeit kommen, wo die Zentralschmierung die heutige Hochdruckschmierung verdrängt hat. Ein Übergangssystem war ebenfalls ausgestellt, die Hochdruckschmierung mit Daueröler. Sie ist keine Zentralschmierung, aber jede Schmierstelle erhält einen kleinen Vorratsbehälter, der mit Hilfe der Schmierpresse mit Öl gefüllt wird und so den Fahrer für lange Zeit von der lästigen Bedienung der sogenannten Nebenstellen, die trotz dieses Namens gegen Nichtschmierer sehr empfindlich sind, befreit.

In dem Wunsche, immer neue Käuferschichten sich zu erschließen, sind viele Fabriken zur Konstruktion von Kleinwagen übergegangen. Diese Wagen müssen, wenn ihr Preis und ihre Unterhaltungskosten einen Kaufanreiz bieten sollen, leicht und deswegen nicht allzu lang sein. Ein kurz gebauter Wagen hat aber eine schlechtere Straßenlage als ein langer. Man hat nun die Beobachtung gemacht, daß Fahrzeuge mit Schwingachsen fester an der Straße „kleben“ als solche der Standardkonstruktion, also mit festen Achsen, und so ist die Schwingachsfrage aufgetaucht. Verschiedene Fahrzeugfabriken wählen außerdem den Vorderradantrieb aus gleiche Gründe, und weil sie ihnen außerdem, da die ganze Maschinenanlage sich dann vorn unter der Haube befindet und eine die Hinterräder antreibende Kardanwelle fehlt, die Möglichkeit bietet, den Wagenkasten und damit den Schwerpunkt des ganzen Systems tief zu legen, was wiederum die Straßenlage des Wagens, insbesondere in Kurven, verbessert. Wagen der Mitteltype halten mit geringen Ausnahmen an der Standardbauart fest. Eine ganz schwere Konstruktion von Henschel dagegen weist Vorderradantrieb und hintere Schwingachsen eigenartiger Bauart auf.

Über die Wagenbeleuchtung ist nicht viel Neues zu melden, denn die Scheinwerferkonstruktion hat sich, von äußerlichkeiten abgesehen, nicht geändert. Man verwendet also Biluxlampen für Fern- und Nahlicht. Ein Problem bleibt die Beleuchtung bei starkem Nebel. Bei derartigem Wetter sind die eigenen Scheinwerfer der größte Feind des Wagenlenkers. Ihr Licht wird von der Nebelwand reflektiert und sie blenden ihn dadurch, anstatt die Fahrbahn zu erhellen. Bosch stellte fest, daß ein mit seinem Strahlbündel stark nach unten gerichteter Scheinwerfer erwähnten Fehler nicht hervorbringt. Er zeigte deshalb sein Nebellicht, das abweichend von den bekannten Ausführungsformen, die lediglich durch Gelscheiben oder Riffelscheiben zu wirken versuchen, gebaut ist. Es besteht aus einer Hilfsampe, die etwa in der Mitte des Kühlers angebracht wird und ihre Strahlen schräg nach vorn wirft.

Das Shimmytanzen der Vorderräder bei Schnelfahrt ist eine bekannte und wenig beliebte Erscheinung. Die meisten Firmen beschreiben augenblicklich den Weg durch Anti-Flutter-Blöcke oder dergleichen diesem „Aus-der-Reihe-Tanzen“ der Vorderräder zu begegnen. Es gibt andere Firmen, die von derartigen Vorrichtungen nichts halten, weil sie meinen, dem Übel an der Quelle begegnen zu können. Deutlicher gesagt, den „Wackeltanz“ der Vorderräder mit Unbalance erklären. Sie balancieren deshalb mit großer Sorgfalt ihre Räder aus und erreichen damit Erfreuliches.

Ganz und gar in den Windeln liegt noch die Federung des Kraftwagens. Je weniger belastet der Wagenkasten eines Personenautos ist, desto schlechter wird die Federung. Man findet einen deutlichen Unterschied, ob man zum Beispiel einen kleinen Wagen mit einer oder mit vier Personen belastet benutzt. Für den Einzelfahrer sind die Federn viel zu hart, bei Belastung mit vier Personen dagegen ist das Fahren sanft. Der sehr nahe liegende Weg, die Federung in ihrer Wirkung verstellbar zu machen, wurde insbesondere bei schweren Lastwagen bereits beschritten. Von einer vollkommenen Lösung der Frage kann man nicht sprechen.

Die heutigen Kraftfahrzeuge machen zum großen Teil außen einen sehr gefälligen Eindruck, zumal, wenn sie soeben aus der Hand des Wagenwaschers kommen und ihre Fahrt erst beginnen. Nach kurzer Zeit kann man das Gegenteil behaupten. Die ganze kostspielige und langwierige Wascherei war umsonst. Das Bestreben sollte dahin gehen, dem Wagen eine, gegen Beschmutzung möglichst unempfindliche Außenhaut zu geben, die es gleichzeitig gestattet, schnell und mit derben Mitteln allen Schmutz wieder zu entfernen. Mit dem empfindlichen Wagenlack muß aber behutsamer umgegangen werden, als mit einem rohen Ei. Ansätze hier Besserung zu schaffen, sind vorhanden. Die Zeit ist nicht mehr fern, wo auch der dümmste Wagenkäufer sich nicht lediglich nach der Steuer, die ja festliegt, und

nach dem Benzinverbrauch, der ihm gewöhnlich schon gefärbt mitgeteilt wird, erkundigen wird, sondern in der er sämtliche Unterhaltungskosten seines Wagens, wozu auch die für die Reinigung gehören, mit in Rechnung stellt. Wer seinen Wagen nicht selbst wäscht, muß dafür alljährlich einen erheblichen Betrag zahlen, weil eben die Reinigung sehr behutsam zu erfolgen hat. Ein Wagen mit robuster Außenhaut ließe sich schnell reinigen, und diese Kosten würden deshalb stark herabgesetzt. Ein Fahrzeug, dessen Äußeres gleichzeitig Schmutz und Staub nur wenig sichtbar werden läßt, würde immer einen angenehmen Eindruck machen.

Fichtel & Sachs zeigten als Neuheit ihren Tretradmotor, der es gestattet, motorisierte Treträder in der

Preisgröße von etwa 200 M komplett zu liefern. Der Motor ist Zweitakter, leistet etwa 1¼ Brems-PS, bringt das Fahrzeug auf 30 Kilometer in der Ebene und gestattet bei Einschaltung des zweiten Ganges (Kuppelung und zweigängiges Getriebe sind vorgesehen) ohne Pedalbenutzung Steigungen bis zu 18 vH zu bewältigen. Das Hinterrad wird durch Kette angetrieben. Wenn nicht das leider oft die Absichten des Konstrukteurs über den Haufen werfende Publikum verlangen wird, daß dieses billige Rad noch einen Sozials befördern soll und dadurch überlastet wird, so dürfte diesem Motorchen eine gute Zukunft bevorstehen.

Einige Firmen brachten Wagen mit Freilauf, also eine Vorrichtung, die dem Freilauf der Treträder entspricht, mit dem wesentlichen Unterschiede, daß es sich hier um Beherrschung größerer Kräfte handelt. An und für sich sind die Vorzüge, die sich in dieser Art ergeben können, einleuchtend. Als Hauptfehler wird zu erwähnen sein, daß man bei Gebirgsfahrten den Motor als Bremse verliert. Aber dem läßt sich durch eine Sperrvorrichtung für den Freilauf begegnen. Ob sich die Bauart einführen wird, bleibt abzuwarten.

## Die Lebensdauer des Papiergeldes

Wie im Leben alles vergänglich ist, so ist es auch der Geldschein. Die Reichsbanknoten werden in der Reichsdruckerei nach besonderem Verfahren und aus besonderem Material hergestellt. Dann kommen sie in großen Stößen in die Tresore der Reichsbank, wo sie übernommen, gezählt und gebündelt werden, um von hier aus ihre Wanderung durch das Wirtschaftsleben zu beginnen. Das Papiergeld dient als Ersatz des in den Kellern der Reichsbank lagernden Goldes. Der Goldbestand der Reichsbank betrug Anfang März 2.3 Milliarden Mark. Der Betrag der umlaufenden Noten stellte sich auf 4.2 Milliarden.

Die Lebensdauer einer Papiernote ist sehr verschieden. Ein Zehnmarkschein hat ungefähr ein Durchschnittsalter von 2 bis 3 Jahren. Er kehrt in dieser Zeit etwa dreimal an seinen Ausgangspunkt, der Reichsbankhauptkasse in Berlin zurück. Die Zwanzigmarkscheine üben im Durchschnitt von drei Jahren ihre Funktion aus, während die Fünfziger und Hunderter 3½ Jahre und die Tausendmarkscheine etwa 4 bis 4½ Jahre im Umlauf bleiben. Am Ende ihrer Wanderung kommen die Geldscheine beschmutzt, eingerissen, abgegriffen, mit Papierstreifen zusammengehalten, an die Stelle zurück, von der sie ausgegangen sind. In der Berliner Zentrale der Reichsbank werden sie dann aussortiert, gebündelt und in Beuteln den Lochmaschinen zuge-

führt, wo sie entwertet werden. Schließlich rollen sie in vergitterten Wagen zur Vernichtungsmaschine. Diese Maschine zerlegt die Scheine in ihre Urbestandteile. Sie werden zerrissen und zermahlen und verwandelt sich schließlich durch den Zusatz von Heißwasser in einen Brei. Die Papierfabriken erhalten schließlich die Rückstände, um sie zu Packpapier oder Kartontappe zu verarbeiten. Im Jahre 1929 wurden 93 Millionen Banknoten im Werte von 2069 Mill. Mark, und zwar 49 Millionen Zehnmarkscheine, 29 Millionen Zwanzigmarkscheine, 11 Millionen Fünfziger, 3,5 Millionen Hundertmarkscheine und 91 000 Tausendmarkscheine vernichtet.

So endet das Leben eines unter besonderem Verfahren bedruckten Papiers, das durch die Münzhoheit des Staates die besondere Rolle als Geldschein zu dienen, zugewiesen bekam. Von dem Ausgangspunkt einer Geldnote, dem Versandraum der Reichsdruckerei, bis zu den vergitterten Kastenwagen, der die Scheine der Vernichtung zuführt, liegt ein Zeitraum von durchschnittlich drei Jahren. Und doch knüpft sich an jeden Geldschein ein Stückchen Lebensgeschichte des Volkes. Wenn jeder Geldschein erzählen könnte, so würde er das vielgestaltige und bunte Leben einer Nation sehr treffend wiedergeben können. Liebe, Haß, Verbrechen, Wohlthat, Streit und Zank spielen sich in bunter Reihenfolge in dem Leben eines Geldscheines ab. Manches Menschenschicksal wird er beeinflußt haben.

## Handschliff oder Maschinenschliff bei Spiralbohrern?

Von Ing. Alfred Nauck

Es ist bekannt, daß ein Spiralbohrer nur dann zufriedenstellende Arbeit leisten und ein seinem Durchmesser entsprechendes Bohrloch herstellen kann, wenn er richtig geschliffen ist. Der genaue Anschliff verhindert die sonst möglichen Bohrfehler durch ungleiche Schnittkantlängen, ungleiche Schnittkantwinkel und falsch gewählten Schneidwinkel des Bohrers.

Die Schwierigkeiten, die bei dem Schleifen des Spiralbohrers auftreten, werden mit Sicherheit durch eine brauchbare Spiralschleifmaschine vermieden, deren Verwendung durchaus zu empfehlen ist. Allerdings ist diese Empfehlung nicht bedingungslos zu verstehen, wie wir das nachweisen wollen.

Der weitaus größte Teil der Spiralbohrer in den Betrieben wird von Hand geschliffen, und es haben gute Facharbeiter es sehr weit in der „Kunst“ gebracht, einen Spiralbohrer richtig schleifen zu können. Außerlich und ohne Zuhilfenahme einer Schleiflehre läßt sich bei gutem Augenmaß die Prüfung der gleichen Schneidlängen verhältnismäßig einfach vornehmen, während die Bemessung des Schnittwinkels schon nicht so einfach ist, aber praktisch ohne erhebliche Einbuße an Bohrleistung auch vernachlässigt werden kann. Da für genaue Arbeiten das Bohrloch doch meist nachträglich weiter bearbeitet, vorzugsweise gerieben wird, spielt praktisch die geringe Differenz, die ein nicht ganz genau angeschliffener Spiralbohrer verursacht, kaum eine Rolle. Für Bohrlocher, die für Nietungen bestimmt sind, wird erst recht nicht eine um einige Hundertstel größer gewordene Bohrung unzulässig sein. Aus diesen und ähnlichen Gründen wird man also nicht so ohne weiteres den Handschliff eines Spiralbohrers verurteilen können, und erst recht nicht, wenn man dabei noch weiter überlegt:

Es sind vor allem noch zwei entscheidende Gründe, die für den Spiralbohrer-Handschliff sprechen und die es auch verhindern werden, daß die Spiralschleifmaschine in unseren Betrieben eine umfassende Verwendung findet, die vielleicht immer nur für ganz bestimmte Betriebsverhältnisse in Betracht kommen wird. Der unbestreitbare Vorzug des Handschliffs, nämlich die gute Anpassung an den Zerspanungsprozess der Schleifscheibe und damit die Vermeidung des Ausglühens der Bohrersehnen ist der eine Grund, und der andere die viel schnellere Durchführung der Schleifarbeit, die beim Maschinenschliff immerhin das Einlegen des Bohrers und das Anpassen der Schleifvorrichtung an die Bohrerlänge erforderlich macht. Beim Maschinenschleifen des Spiralbohrers fehlt den Arbeitern das Gefühl dafür, wie weit er mit dem jeweiligen Vorschub der zu schleifenden Bohrersehne gehen kann. Diese Unsicherheit wird noch dadurch vermehrt, daß Spiralschleifmaschinen mit Naßschliff eingerichtet sind, wodurch wohl die Wärmeentwicklung etwas herabgesetzt aber niemals soweit unterbunden wird, daß bei starkem Vorschub und mangelnder Aufmerksamkeit die Schneiden nicht ausgehört werden. Ein mehr oder weniger starkes Ausglühen bedeutet aber erheblichen Zeitverlust bei der Herrichtung des Bohrers und Verschwendung des teuren Bohrermaterials.

Die Auffassung ist durchaus unrichtig, daß der Handschliff in jedem Falle eine Verminderung der Bohrer-

leistung zur Folge hat, die erheblich unter der mit Maschinenschliff zu erzielenden liegt. Wenn es sich nicht um besondere Bohrarbeiten in starkem und hartem Werkstoff handelt, ferner bei Spezialbohrmaschinen mit Vielspindeln und bei ähnlichen speziellen Bohrmaschinen, so wird man unbedenklich für die in der Werkstatt vorkommenden Bohrungen den Handschliff anwenden können, selbst wenn der handgeschliffene Spiralbohrer wirklich etwas weniger leisten sollte als der maschinenschliffene (was ja immerhin erst durch genaue Versuche ermittelt werden müßte). Entscheidend für die unbedingte Verurteilung des Handschliffes wäre ja erst die durch Untersuchungen festgestellte Tatsache, daß der Handschliff in der Güte ganz erheblich unter dem Maschinenschliff steht und vielleicht nur 30 bis 50 vH der Maschinenschliffleistung erlangt. Das davon gar keine Rede sein kann, ist für jeden Fachmann klar, und so ist nicht recht einzusehen, warum man eo ipso den handgeschliffenen Spiralbohrer verwirft.

Die Spiralschleifmaschine ist in den vorhandenen Konstruktionen jedenfalls nicht geeignet, den Handschliff vollkommen zu verdrängen. Abgesehen von vorerwähnten Gründen (Ausglühen der Bohrersehnen und Einlegen und Anpassen des Bohrers) kommt noch als weiterer Umstand hinzu, daß der Maschinenschliff nur wirtschaftlich sein kann, wenn laufend Bohrer der gleichen oder annähernd gleichen Bohrdurchmesser zu schleifen sind. Diese betriebswirtschaftliche Forderung war ins Auge gefaßt worden, als vorstehend der Maschinenschliff von Spiralbohrern für Spezialbohrarbeiten unbedingt als empfehlenswert hingestellt wurde. Es wäre vom fachmännischen Standpunkt töricht, abzustreiten, daß für derartige Zwecke der Maschinenschliff besser und genauer ausfällt. In Werkstätten, die stark unterschiedliche Bohrungen auszuführen haben, treffen jedoch die gekennzeichneten Bohrverhältnisse nicht zu, womit auch die Notwendigkeit zur Aufstellung und Inbetriebnahme einer Spiralschleifmaschine entfällt. Es wäre sehr umständlich, in der Schleifvorrichtung nach einem Bohrer von sagen wir 25 mm Durchmesser gleich anschließend einen solchen von 5 mm schleifen zu wollen, ganz abgesehen davon, daß auf die Dauer die Schleifscheibe durch die kleinen und großen Bohrdurchmesser ungünstig beeinflusst und ungleichmäßig beansprucht wird (Rillbildung), was auch nicht gerade für einen genauen Maschinenschliff förderlich ist. Es wird deshalb die Spiralschleifmaschine vorzugsweise und wirtschaftlich für bestimmte Bohrdurchmesser ohne stark wechselnde Unterschiede in Betracht kommen, und dabei durch geübte Arbeiter zu bedienen sein, die es mit Aufmerksamkeit zu vermeiden wissen, die Schneiden auszuglühen, welcher schwerwiegende Fehler besonders unmittelbar nach dem Einlegen in die Schleifvorrichtung aufzutreten pflegt.

Abschließend soll der Wert einer guten Bohrersehnenmaschine nicht verkleinert und deren Verwendung für gewisse Bohrarbeiten nachdrücklich empfohlen werden. Daneben muß jedoch gerade vom Standpunkt des praktisch eingestellten Fachmannes der Handschliff eines Spiralbohrers in seiner Berechtigung und seiner Zweckmäßigkeit gekennzeichnet werden.



# Familie und Heim



## Der Gewerkschaftsbeitrag

Es gibt sehr viele Hausfrauen, die den Gewerkschaften ablehnend, ja feindlich gegenüberstehen. Sie schätzen den Verband lediglich nach dem Beitrag ein, den sie jede Woche zahlen müssen, erkennen aber nicht die Gegenleistungen an, die sie dafür erhalten. Ihnen wurmt jeder Pfennig, den sie dem Beitragskassierer aushändigen, und betrachten dieses Geld zum Fenster hinausgeworfen. Den Kassierer sehen sie deshalb lieber gehen wie kommen.

Eine jede dieser Frauen sollte sich jedoch einmal vor Augen halten, was es bedeuten würde, wenn keine Gewerkschaften wären. Dazu braucht man sich nur einmal um 50 Jahre zurückversetzen denken und sich die damaligen Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiter etwas näher anschauen. Denn damals gab es noch keine oder doch nur ganz schwache, sich in ihren ersten Anfängen befindende Gewerkschaften. Zu jener Zeit kannte man keine Tarifverträge, in denen durch gemeinsame Vereinbarung zwischen Arbeitern und Unternehmern die Arbeitsbedingungen für sämtliche Arbeiter einheitlich und fest geregelt waren. Die Höhe des Lohnes und die Länge des Arbeitstages wurden damals einseitig vom Unternehmer festgesetzt. Demgegenüber war der Arbeiter schutzlos und machtlos. Er war gezwungen, um nicht zu verhungern, die Arbeit zu tun, die ihm vom Unternehmer aufgezwungenen Bedingungen anzunehmen. Durch gegenseitige Konkurrenz verhinderten die Arbeiter eine Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse und damit auch ihrer Lebenslage. So war die Lebensweise der Arbeiter mit ihren Familien zu damaliger Zeit die denkbar traurigste.

Erst dadurch, daß die Arbeiter sich in Organisationen, in Gewerkschaften zusammenschließen begannen, schafften sie die Voraussetzung zur Erkämpfung eines besseren Daseins. Waren die Arbeiter bis dahin einzeln, demzufolge schutzlos der Willkür des Unternehmers ausgeliefert, so bildeten sie jetzt, weil zusammengeschlossen, eine Macht, mit der der Unternehmer, wenn auch widerwillig, rechnen mußte. Die Gewerkschaften wuchsen aus ganz bescheidenen Anfängen langsam zu achtunggebietenden Organisationen heran. In demselben Maße wuchs ihr Einfluß auf die Regelung der Arbeitsverhältnisse. In jahrzehntelangem Ringen erkämpften und erreichten die Gewerkschaften bessere Arbeitsbedingungen, wie höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, Arbeiterschutz usw. Ohne die Tätigkeit der Gewerkschaften würde der Mann nicht soviel Lohn bekommen und die Frau damit nicht soviel Geld haben zur Führung des Haushalts, würde der Mann nicht so frühzeitig von der Arbeit nach Hause kommen und vielleicht irgendwie bei der Arbeit verunglückt sein. Ja, ohne den Einfluß der Gewerkschaften würde der zum Opfer der Krise gewordene Arbeiter nicht die Arbeitslosenunterstützung bekommen!

So stark und mächtig und so segensreich konnten die Gewerkschaften jedoch nur werden durch die Opferwilligkeit und Treue ihrer Mitglieder. Auf ihnen allein beruht die Stärke und die Macht der Gewerkschaften. Daran möge die Hausfrau denken, wenn der Mann kommt, um den Gewerkschaftsbeitrag einzufordern. Sie wird ihn dann gern und willig zahlen. H. S.

## Die Wohnung der Geschiedenen

Bei der Beantwortung der Frage, welchem der Gatten im Falle der Ehescheidung die bisher gemeinsame Wohnung zufällt, sind vier verschiedene Fälle zu unterscheiden.

1. Der an der Scheidung nicht schuldige Ehegatte ist Alleinmieter.
2. Der an der Scheidung alleinschuldige Ehegatte ist Alleinmieter.
3. Beide Ehegatten haben die Wohnung gemeinsam gemietet; schuld an der Scheidung ist aber nur ein Ehegatte.
4. Beide Ehegatten sind gemeinsame Mieter. Beide sind schuld an der Scheidung.

Wer Alleinmieter der Wohnung ist, der bleibt es auch bei Scheidung der Ehe. Die Mietrechte des Alleinmieters werden durch seine Ehescheidung nicht berührt. Ohne Einfluß ist es also, ob der Alleinmieter die Schuld an der Scheidung trägt oder nicht. Eine andere Lösung kann aus den §§ 1578 und 1635 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht abgeleitet werden. Auch im Mietrecht finden sich keine anderslautenden Bestimmungen.

Sind dagegen nach dem Mietvertrage beide Ehegatten Mieter der Wohnung, so haben sie auch hinsichtlich des Mietverhältnisses beide gleiche Rechte. Es besteht in dieser Beziehung eine Gemeinschaft (§ 741 BGB) zwischen den Eheleuten. Dieses Gemeinschaftsverhältnis wird, soweit die Beziehungen der Ehegatten untereinander in Frage kommen, durch die Scheidung der Ehe unmöglich. Es muß also eine Auseinandersetzung hinsichtlich der Mietrechte über die Wohnung stattfinden (vgl. § 749, Abs. 2, Satz 1 BGB). Diese Auseinandersetzung kann sich natürlich nur auf die Rechte aus dem Mietvertrage beziehen, d. h. auf das Gebrauchsrecht an der Wohnung (§ 535 Satz 1 BGB), nicht etwa auch auf die Verpflichtungen aus dem Mietvertrage (z. B. zur Mietzahlung). Denn es kann von mehreren Schuldnern nicht einfach einer ohne Zustimmung des Gläubigers aus dem Schuldverhältnis ausscheiden (vgl. §§ 414, 415 Satz 1 BGB). Die Eheleute können also ohne Zustimmung des Vermieters nicht über das Mietverhältnis verfügen, um einen der beiden Ehegatten als Alleinmieter an Stelle der beiden gemeinsamen Mieter zu setzen. Die Folge davon ist, daß der die Ehescheidung

verlassende Ehegatte auch weiter für den Mietzins haftet. Aus dem gleichen Grunde kann der Vermieter der Mitnahme der entbehrlichen eingebrachten Sachen auf Grund seines Vermieterpfandrechts widersprechen (vgl. § 560 BGB).

Die Auffassung, daß der Ehemann in Auswirkung seines Wohnungsbestimmungsrechtes (§ 1354 BGB) Anspruch auf Überlassung der Wohnung im Falle der Scheidung habe, wurde gelegentlich in der Rechtsprechung vertreten, ist aber jetzt allgemein aufgegeben worden. Das Bürgerliche Gesetzbuch enthält auch keine Bestimmungen darüber, daß der für nicht schuldig erklärte Ehegatte oder bei Schuldigerklärung beider, derjenige, den die geringere Schuld an der Zerstörung der Ehe trifft, die Wohnung behalten darf. Ebenso weiß es auch nichts davon, daß derjenige, der angesichts der Zahl der ihm überlassenen minderjährigen Kinder oder aus sonstigen Gründen das größere Interesse an der Wohnung hat, einen Anspruch auf ein Verbleiben in der Wohnung hat.

Für die Entscheidung der Frage, in welcher Weise eine Auseinandersetzung stattfinden soll, kommen nur die Bestimmungen über die Gemeinschaft in Betracht. Nach § 752 BGB hat die Teilung in erster Linie durch Teilung in Natur zu geschehen. Eine derartige Teilung wird in manchen Fällen möglich sein. Nämlich dann, wenn es ohne wesentliche Schwierigkeiten möglich ist, zwei selbständige Wohnungen aus der bisherigen einheitlichen Wohnung zu schaffen. Allerdings ist die Einrichtung der zweiten Küche im allgemeinen nicht ohne Zustimmung des Hauseigentümers zulässig. Ist die Teilung in Natur ausgeschlossen, so erfolgt die Aufhebung der Gemeinschaft durch Verkauf der gemeinschaftlichen Gegenstände nach den Vorschriften über den Pfandverkauf, bei Grundstücken durch Zwangsversteigerung und durch Teilung des Erlöses. Ist die Veräußerung an einen Dritten unstatthaft, so ist der Gegenstand unter den Teilhabern zu versteigern (§ 753 BGB). Die Bestimmung des ersten Satzes dieses Paragraphen scheidet schon deshalb aus, weil die Überlassung an einen Dritten der Genehmigung des Vermieters bedarf (§ 549 BGB). Außerdem wird meist in derartigen Fällen die Genehmigung des Wohnungsamtes erforderlich sein. Es bleibt daher nur die Möglichkeit des § 753, Abs. 1, Satz 2 BGB; die „Versteigerung des Benutzungsrechtes unter den Teilhabern“. Die Ehescheidung fällt dann also dem Ehegatten zu, der das Recht zu ihrer Benutzung erstigert.

## Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin 1931

### II.

Eines Abends begann im Nachbarhaus, wo die unverheirateten Mäde wohnten, Staßja, die junge Magd aus dem Polnischen, zu schreien. Man sagte Marie, Staßja wäre krank. Aber es mußte wohl etwas anderes sein, etwas, das man verheimlichte. Es waren Schreie, die Marie sonderbar erregten. Sie riefen die ganze Nacht und den nächsten Tag hindurch. Marie glaubte, sich manchmal erinnern zu können, daß auch die Mutter so schrie, wenn sie ein Kind bekam. Aber doch wieder leiser und nicht so beständig. Oder sollte es doch dasselbe sein? Marie grubelste. Alles, was geschah, fesselte sie ja so stark. Schließlich schüttelte sie den Kopf: Das konnte wohl nicht sein. Staßja hatte doch keinen Mann. Staßja war doch nur eine Jungmagd.

Am Abend wurde das Schreien schlimmer. Bald war es durchdringendes, ununterbrochenes, einfüßiges Singen, dann stieg es langsam aufwärts, heulte, wie manchmal die Hoffande langgezogen heulten. Immer in einem Ton, mit diesem fürchterlichen Himm.

Da stand Marie auf. Sie tat gleichgültig und blieb unverdächtig. Sie ging zur Tür und schlich sich hinaus.

Vorsichtig drückte sich Marie merkwürdig, bis sie die Jungen und Mädchen hörte, die vor Staßjas Kammerfenster sich ins Dunkel gebogen hatten und da miteinander flüsterten. Die ganze Luft schien voller Geheimnisse zu sein. Und Marie wollte ihnen auf die Spur kommen.

Marie stand und rührte sich nicht. Die anderen Kinder konnten sie nicht sehen. Scharf hörte sie. Gesprächssetzen floßen herüber. Sie fing sie auf, setzte sie mühsam zusammen. Ihre kleine Stirn wuf sich angestrengt in Falten.

Also doch? Staßja bekam ein Kind? Marie war verzweifelt. Ihre Augenbrauen schoben sich ganz nahe zueinander. Wie kam sie denn ein Kind bekommen, die Staßja? Die Staßja hat doch keinen Mann!

Wieder hatterten Satzstücke hinüber. Jetzt sprach Fuchs, einer der lautesten Insultierungen. Der prahlte: „Ich weiß,

ja. Und wenn ich ein Dittchen krieg, sag ich's.“ Stille, Flüstern, dann wieder der Fuchs: „Ja, ich hab's gehört, wie es der Vater gesagt hat. Der hollandsche Fict war's, der hat Staßja den Bankert gemacht, ja so ist's.“

Marie zuckte auf, als hätte eine Nadel sie in die Fingerspitze gestoßen. Das Wort, das Wort! Laut schlug das Herz. Und klopfte und klopfte. Und von überall her schienen Augen zu glotzen wie damals im Stall die Kubaugen, und riefen: Bankert, du! — So stand Marie, gelähmt und lauernd.

Jetzt rückten die drüben zusammen. Marie sah es. Die Jungen drängten an die Mädchen. Das Sprechen wurde immer leiser, nicht mehr zu verstehen, unklar.

Marie schlich noch näher, sah schärfer hin. Weiße Hände, nackte Arme leuchteten aus dem Dunkel, irrten umeinander, als ob sie suchten und sich jagten. Wieder dies gedämpfte, leisere Flüstern, als ob es sich schämte. Und wieder so, als ob es sich erfüllte. Seltsamer Ruf, unbegreifliches Locken.

Plötzlich wußte Marie, daß sie sich hinüberwünschte zu den anderen Mädchen und Jungen. Doch hielt irgend etwas Stärkeres ab, zu ihnen zu gehen.

Gut, daß jetzt, jäh wie aus der Erde gewachsen, der Verwalter drüben stand und fluchend mit der Peitsche knallte und die anderen auseinandertrieb.

Marie hatte sich fest ins Dunkel gedrückt. Unbeobachtet konnte sie bleiben. Der Verwalter verschwand wieder. Marie atmete auf.

Sie schlich vorwärts. Vorsichtig und lautlos. Schlich wie eine Katze, aus Gemäuer geduckt, zu dem Fenster, das ins Schwarze stach wie ein schautzigrotes, vom Fensterkreuz drohend durchbrochenes Quadrat. Das Fenster rief und zog Marie an sich und befahl.

Maries Hände suchten. Jetzt fanden sie Halt. Klammerten sich an und verzerrten sich. Schon zogen sie behutsam und stark den Körper am Fensterbord hoch. Nun schob sie vorsichtig den Kopf vor, aus dem lastig die großen, noch vom Licht geblendeten Augen suchten.

Schnell gewöhnten sie sich an das Licht und sogten sich fest in Staßjas Kammer und sandten Blicke, die gierig den engen, schmutzigen Raum durchschossen.

Staßja! Da lag Staßja auf ihrem Bett. Marie erschrak: Staßja war nackt und gelb, so gelb wie die große alte Kerze in der Kirche. Vor dem Bett stand Gina, die Milchmagd, Staßjas Freundin. Sie hielt eine flackernde, abgeschirmte Petroleumlampe hoch, daß Staßja dalag in einem verwirrenden zitternden, blaßroten Lichtkreis, den das Halbdunkel der Kammer bedrückend umrahmte.

Jetzt stieß Maries Blick auf zwei in den Lichtkreis hinein geschobene nackte Arme, die sich mit irgend etwas Unbekanntem beschäftigten. Darüber, noch im Licht, stand die wohlbekannte Kopf der Mutter Griego, die — jäh fiel es Marie ein — ja auch zur Mutter kam, wenn es soweit war. Marie kniff die Augen zusammen: Darum also mußten Marie und die Geschwister dann ihr Bettzeug zusammenpacken und sich bei den Nachbarn einquartieren.

Marie, von Staßjas Aufstöhnen geweckt, riß wieder die Augen auf, die sich gierig mit ihren Blicken auf die Griegosche stürzten. Die war sehr beschäftigt und mahlte mit ihrem breiten zahnlosen Mund und wackelte bedenklich mit dem verrunzelten Kopf.

Und jetzt erst entdeckte Marie das Erschreckende: Die Lake unter dem gelben, gekrümmten Leib waren rot. Und mitte darin bewegte sich etwas. Etwas Lebendiges. Etwas Neues. Etwas ungeheuerlich Überrumpelndes, das Mutter Griego heftig nickend jetzt griff und in die Höhe hob, in den Mittelpunkt des Lichtkreises, daß es da, nur von zwei nackten Armen gehalten, seltsam über Staßjas gelbem Leib in der Luft stand und plötzlich sich krümmte und ein dünnes schreckliches Wimmer quälte.

Maries Augen stierten weit aufgerissen. Oh, sie wußte wohl, aber sie begriff nicht, sie begriff das nicht, sie konnte das nicht begreifen. Das war fürchterlich. Der Herzschlag setzte jäh aus. Und plötzlich lösten sich die kraftlos gewordenen Hände vom Fensterbord, daß Marie zurückfiel ins Dunkel und kurz nachher doch stehend aufschrie.

Eine Sekunde später stand Marie. Wie ein Wiesel, geschickt und flink huschte sie lautlos fort. Gerade noch zur rechten Zeit. Staßjas Kammertür flog auf. Gina stand in ihr und hies schimpfend Umschau. Herzklöpfend hockte Marie im pechschwarzen Gang zur Kartoffelmiere. Und äugte lauernd und sichernd zurück. Gleichzeitig quälte wieder dies dünnwimmernde, fremde, neue Stimmchen aus der Tür drüben. Hinüber zu Marie, die plötzlich aufsprang und sinnlos überstürzt, von dem unheimlichen Stimmchen verfolgt, wie vor Schrecklichem floh.

Marie nahm alle ihre Kräfte und Schlauchheiten zusammen und sie besaß viele, wenn sie auch nur ein kleines Mädchen war —, um die fürchterliche Aufregtheit zu verbergen. Sie fiel sie in nichts auf, als sie in die Stube trat, sofort zur Mutter ging und half, dünne Brotschnitten mit Schmalz zu überkratzen und Teller und Tassen auf den Tisch zu stellen.

Sie hatte wohl gehört, wie der Vater bei ihrem Kommen gerade noch gesagt hatte: „Nu is der Bankert da und der Pi über alle Berge.“ Aber Marie ließ sich nichts anmerken. Ruhig und teilnahmslos half sie beim Tischdecken und lächelte nur gering. Und das Lächeln war für den Bruchteil einer Sekunde wie sieghaft. Dann fror es wieder ein.

Marie ging zu Bett und schien zu schlafen, log aber und lauch. Mit geschlossenen Augen und gespieltem Schlafater Spitz und scharf zergrübelte Marie ihr kleines Gehirn, aber kam zu keinem Ende. Die Nacht dauerte eine Ewigkeit. Endlich, als schon bleigrau der Morgen durch die Fenster hinein sickerte, schlief Marie ein und erwachte kurz darauf mit einer leisen Schrei. Sie hatte geträumt, doch wußte sie nicht, was sie wußte nur, es war schrecklich und schön in einem gewesen.

In dieser Nacht war aus dem Kind Marie das Mädchen Marie geworden. Das nahm sich vor, von nun an die Augen gar offen zu halten und wissen zu wollen. Doch auch gleichzeitig verschlossen und mißtrauisch zu sein und vor allem sich nur an sich selbst zu halten. Die Großen — das hatte Marie schon erkannt — halfen ja nicht und wichen nur aus und logen sogar.

Marie war elf Jahre alt. Es begann ein neuer wichtiger Abschnitt ihres kleinen Lebens: Sie wurde hinausgeschickt mit den anderen Kindern zum Viehhüten.

Das wurden die schönsten Stunden im Kindheitsleben Maries. Sie erlebte das Glück, mit der Landschaft zu verwachsen in stille, bescheidene, aber starke Freude an ihr und der Welt.

In den ersten Wochen war es wohl noch schwer gefallen, das anvertraute Vieh zusammenzubehalten. Oh, Marie nahm ihr Amt wichtig und sehr ernst.

Anfangs hatte sie sogar Schreikrämpfe bekommen, wenn sie stundenlang hinter den auseinandergelaufenen Kühen hergehelt und alles Peitschenknallen nutzlos und vergeblich gewesen war. Zuerst konnte eine abgeirrte und wie dumm querfeldein laufende Kuh Marie fast verrückt machen, daß sie schrie und mit den Füßen stampfte. Doch bald wurde das besser. Marie lernte mit dem Vieh umzugehen. Sie kannte sich bald aus unter ihm und gab den einzelnen Kühen und Kälbern Namen. Sie suchte sich unter ihnen Lieblingstiere und Freunde aus, erkannte und durchschaute bald die störrischen und bockigen Tiere. Auch erfaßte sie schnell, wie man sie leicht zähmen und überreden ja sogar als Freunde gewinnen konnte.

Marie fand die Tiere bald umgänglicher, eher einsichtig, dankbarer vor allem und ehrlicher und anhänglicher als die Menschen. Nachdem sie das alles erkannt und erfahren hatte, fand sie das Viehhüten wunderschön. Es ließ Zeit, sich umzusehen zu entdecken oder zu träumen, manchmal ein Lied zu singen und mählich das Stück Erde lieben zu lernen.

Da war vor allem der große See. Er konnte glatt daliegen und brav sein und sich sonnen wie eine große blaue zusammengeringelte Katze mit glattem plattem Fell. Aber er hatte auch seine Launen und konnte schlimm sein und mit weißem Wusch auf hohen Wellen böse zanken. Und rund um den See lagen die Wälder. Oh, die Wälder! Marie erschauerte, sah sie in die Tiefe der Wälder hinein. Marie liebte und fürchtete in einem diese grenzenlosen dunklen Wälder und ihre gruselige Stille, in der Flüstern wie Rauschen und Sprechen und Schreien scholl. Aber auch Wiesen waren da mit bunten Blumenwundern. Und Kornfelder, die im Winde hin und her wogten. Von weitem anzusehen wie märchenhaft schöne Goldweihen, die auf und ab wellten.

In solchen Stunden, namentlich aber, wenn Marie spätnachmittags auf dem freien Hügel stand und ihre Blicke im Kreis wanderten, wuchs sie in die Heimat hinein wie eine keusch und anfrichtig Liebende in ihr großes Glück. Aber Marie schrie von dieser Liebe. Sie war ein zu großes Geheimnis und etwas zu Zartes, um es den Menschen preiszugeben. Die Furcht wehrte, die Großen würden es roh und herzlos als Unsinn Nichtgreifbares, Unwirkliches, Unnötiges und also Überflüssiges zerpfücken und ihr entreißen. So schwieg Marie und trug nur ihr wunderliches Lächeln unter die Kopfschüttelungen. Die sahen sich bedenklich an und munkelten, Marie würde wohl ein eigenes Kind.

(Wird fortgesetzt)



## Der Leistungsanspruch in der Sozialversicherung

In der Krankenversicherung ist Grundsatz, daß jeder Versicherte, sofern er eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausübt, mit ihrem Beginn dem Schutz der Versicherung unterliegt. Mit dem Tage des Eintritts in die versicherungspflichtige Beschäftigung wird der Arbeiter Mitglied der zuständigen Krankenkasse. Der Versicherte hat gegebenenfalls sofort Anspruch auf sämtliche Regel-(Pflicht-)Leistungen der Krankenkasse. Nur für die Wochenhilfe besteht eine gesetzlich vorgeschriebene Wartezeit. Diese Wartezeit gilt auch dann, wenn ein Versicherter für seine Ehefrau oder Tochter die Leistungen der Familienwochenhilfe in Anspruch nehmen will.

Der Versicherungsschutz, das heißt die Kassenmitgliedschaft, erlischt in der Regel mit Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Arbeitsunfähige bleiben Mitglieder, solange ihnen die Krankenkasse Leistungen zu gewähren hat. Das gleiche gilt für Schwangere und Wöchnerinnen, solange sie Anspruch auf Wochen- oder Schwangerengeld haben und nicht gegen Entgelt arbeiten.

In der Unfallversicherung ist nicht der einzelne Arbeiter, sondern der Betrieb versichert. Verrichtet der Arbeiter in einem der UV unterliegenden Betrieb Lohnarbeit, untersteht er dem Versicherungsschutz. Allerdings muß diese Arbeit mit dem Betrieb in ursächlichem Zusammenhang stehen. In ursächlichem Zusammenhang mit dem Betrieb steht auch der Weg nach und von der Arbeitsstätte. Auch in diesem Versicherungszweig hat der Arbeiter mit dem ersten Tage seiner Beschäftigung in einem der UV unterliegenden Betrieb einen uneingeschränkten Leistungsanspruch.

Anders ist die Rechtslage in der Invalidenversicherung. Hier muß der Versicherte vor Geltendmachung eines Leistungsanspruchs verschiedene Bedingungen erfüllt haben. Anspruch auf Invaliden-, Witwen- und Waisenrente besteht nur dann, wenn die Wartezeit erfüllt ist. Es müssen mindestens 200 Beitragswochen zurückgelegt sein; davon aber mindestens 100 Beiträge auf Grund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung verwendet worden sein. Andernfalls beträgt die Wartezeit für den Leistungsanspruch 500 Beitragswochen. Zudem muß die Anwartschaft aufrechterhalten sein. „Anwartschaft“ ist die gesetzlich begründete Aussicht auf die Versicherungsleistungen. Zur Erhaltung der Anwartschaft müssen in zwei Jahren mindestens 20 Beitragsmarken geklebt werden; andernfalls erlischt die Anwartschaft, der Versicherte hat keinen Anspruch mehr. Eine Ausnahme von dieser Regel gibt es nur dann, wenn die zwischen dem erstmaligen Eintritt in die Versicherung und dem Versicherungsfall liegende Zeit zu mindestens drei Vierteln durch ordnungsmäßig verwendete Beitragsmarken belegt ist.

Auch in der Arbeitslosenversicherung ist der Leistungsanspruch abhängig von der Erfüllung besonderer Vorbedingungen. Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat, wer arbeitsfähig, arbeitswillig, aber unfreiwillig arbeitslos ist, die Anwartschaft erfüllt oder den Anspruch auf die Leistungen noch nicht erschöpft hat. Arbeitslose, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, haben Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung nur dann, wenn ihnen kein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch zusteht.

Wird die Unterstützung erstmalig beantragt, so ist die Anwartschaftszeit erfüllt, wenn der Arbeitslose in den letzten zwei Jahren wenigstens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat. Für spätere Unterstützungen ist die Anwartschaftszeit erfüllt, wenn der Arbeitslose in den letzten 12 Monaten vor der Arbeitslosmeldung wenigstens 52 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt hat.

Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung bestimmt sich nach dem Arbeitsentgelt und der Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung. Arbeitslose der Lohnklassen VII bis XI erhalten die Unterstützungssätze ihrer Klasse nur dann, wenn sie in den letzten zwei Jahren vor der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Erwerb der Anwartschaft folgt, mindestens 52 Wochen in versicherungspflichtiger Beschäftigung gestanden haben, ohne daß ihnen zwischen Beginn und Ende ihrer Beschäftigungszeit Arbeitslosenunterstützung gewährt wurde. Andernfalls erhalten sie die Hauptunterstützung (ohne Familienzuschlag) statt nach den Sätzen der Klasse VII nach der Klasse VI, statt nach den Sätzen der Klasse VIII nach denen der Klasse VII, statt nach denen der Klassen IX und X nach der Klasse VIII, statt nach den Sätzen der Klasse XI nach der Klasse IX. ke.

## Achtung Versicherte!

Welches sind die durch die Notverordnungen durchgeführten Änderungen im Krankenversicherungsrecht? Ganz besonders muß darauf hingewiesen werden, daß nach den neuen Bestimmungen „der Anspruch auf Krankengeld ruht, solange die Arbeitsunfähigkeit der Kasse nicht gemeldet wird. Dies gilt nicht, wenn die Meldung innerhalb einer Woche nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit erfolgt.“ Zweck dieser Bestimmung ist, die Krankenkassen vor nachträglicher Beanspruchung des Krankengeldes ohne Möglichkeit einer Nachprüfung der Arbeitsunfähigkeit zu schützen. Es ist also nicht mehr möglich, mit der Krankmeldung etwa bis zur Beendigung der Krankheit zu warten. Die ärztliche Bescheinigung über die Arbeitsunfähigkeit ist sofort oder spätestens innerhalb einer Woche der Krankenkasse zu übergeben.

Eine vom sozialen Standpunkt aus sehr zu begrüßende Neuerung ist das Recht der überlebenden Ehegatten zur Fortführung der Versicherung des Verstorbenen. Die Bestimmung lautet: „Stirbt ein Mitglied, so kann der überlebende Ehegatte, wenn er nicht selbst auf Grund eines Reichsgesetzes für den Fall der Krankheit versichert ist, die Mitgliedschaft unter denselben Voraussetzungen und in derselben Weise wie ein Mitglied fortsetzen.“ War also der verstorbene Ehegatte in den versicherungspflichtigen zwölf Monaten auf Grund der Reichsversicherung oder bei dem Reichsversicherungsverein mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vor seinem Tode mindestens 6 Wochen versichert, so kann die Mitgliedschaft von dem überlebenden Ehegatten fortgesetzt werden. Dieser muß jedoch seine Abmeldung als Mitglied zu bleiben, binnen drei Wochen nach dem Todesfall der Kasse mitteilen. Zu dem gleichen Zeitpunkt oder auch später kann das weiterversicherte Mitglied entsprechend seinen Einkommensverhältnissen seine Versetzung in eine niedrigere Beitragsstufe der betreffenden Kasse beantragen.

Die Möglichkeiten der freiwilligen Versicherung werden ferner allgemein dadurch verbessert, daß nunmehr die Versicherung bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse oder Landeskrankenkasse des Wohnortes fortgesetzt wird.

Auch die Bestimmungen über die Befreiung von Krankengeldbeiträgen und Arzneikostenbeitrag können nur dann sich auswirken, wenn sie den Versicherten bekannt sind und diese ihren Befreiungsanspruch geltend machen. Von Behandlungsgebühren und Arzneikostenbeitrag sind befreit — jedoch nur für ihre Person, nicht für die Familienangehörigen — alle

## Die Polizei im Dienste der Sozialgesetzgebung und Wohlfahrtspflege

Die Polizei ist nicht nur Durchführungskraft des staatlichen Ordnungswillens, sondern auch Instrument des staatlichen Sozialwillens. Bekannt ist das polizeiliche Wirken im Dienste der gesetzlichen Sozialversicherungen, wie Ausstellen und Umtausch von Quittings-, Angestelltenkarten und dergl. Wie die Polizei bei unvorschriftsmäßigem Kleben von Beitragsmarken Verhandlungen aufnimmt, vollzieht sie auch die Vernehmungen für Krankenkassen, wenn der Arbeitgeber die gesetzlichen Krankenkassenbeiträge gar nicht, nicht rechtzeitig oder nicht im richtigen Umfang abliefern.

Die Bearbeitung der Unfallsachen für die Sozialversicherungen ist ein Tätigkeitsfeld der Polizei. Grundsätzlich müssen alle Unfälle in versicherten gewerblichen Betrieben, auch die sogenannten Wegeunfälle, vorausgesetzt, daß sie den Tod oder mehr als dreitägige Arbeitsunfähigkeit des Betroffenen zur Folge haben, der Polizei angezeigt werden. Neben dem Gewerbeaufsichtsamt und der Versicherung führt dann die Polizei die gesamte Unfalluntersuchung.

Die Polizei in Verbindung mit der Gewerbeaufsicht hat über alle versicherungspflichtigen gewerblichen Betriebe das Kontrollrecht, die Kontrollpflicht. Jederzeit kann sie in den Betrieben ihre Feststellungen treffen. Zutrittsverweigerung ist strafbar. Überraschende Kontrollen erfüllen bekanntlich hier am besten den Zweck. Die Polizei muß, sozusagen als erste Instanz, auch bei Gefahren, Nachteilen oder Belästigungen der Allgemeinheit oder einzelner durch Gewerbebetriebe abhelfende Maßnahmen treffen.

Wichtig ist das soziale Tätigkeitsfeld der Nahrungsmittelpolizei. Verordnungen und Sondervorschriften erteilen der Polizei ausdrücklich das Kontrollrecht über Herstellung, Aufbewahrung, Verpackung, Beförderung und Verkauf von Nahrungsmitteln. Vielfach ist eine derartige Kontrolle sehr angebracht. Einige Hinweise: Mehlsatz zur Wurst stellt, abgesehen von dem ortsgewöhnlichen, dem kaufenden Publikum bekannten Zusatz, eine strafbare Fälschung dar, wenn die Wurst nicht ausdrücklich als „Sammelwurst“ bezeichnet wird. Unstatthaft ist auch eine Beimischung von Kartoffeln und Stärke. Ebenfalls darf Gefrierfleisch nicht als übliches Schaffleisch oder Hackepeter verkauft werden. Eine Fälschung ist es schon, wenn z. B. Hackfleisch mit Präserval so recht appetitlich gefärbt, desgleichen, wenn durch Zusatz von Ocker und Öl dem Kaffee eine bessere Qualität gemogelt wird. In allen Fällen, in denen es sich um nachgemachte, verfälschte oder verdorbene Lebensmittel und Genußmittel oder gewisse Gegenstände des täglichen Gebrauchs handelt, kann man immer die Polizei in Anspruch nehmen. Sie veranlaßt alles weitere.

Maß- und Gewichtskontrolle gehört zu den polizeilichen Obliegenheiten. Die Wiegeschalen in Verkaufsstellen müssen vollkommen frei und übersichtlich für den Käufer aufgestellt sein. Einmessen muß mit einem geeichten Maß geschehen.

Die Übervorteilungs- und Wucherbekämpfung im Sinne gesetzlicher Bestimmungen ist eine der sozialsten Aufgaben der Polizei. Erinnerung sei hier nur an das Recht der Polizeibehörden, Vorschriften zum Zwecke der Feststellungsmöglichkeit von Preis und Gewicht verschiedener Waren zu erlassen und demgemäß einen Aushang zu fordern. Die gesetzliche Taxenüberwachung — Autotaxen, Dienstmänner und Schornsteinfeger —, ist ebenfalls polizeiliches Aufgabengebiet, auch die Kontrolle des Gewerbes der Pfandleiher. Aus der Not darf kein Kapital geschlagen werden!

Bei dem sozialen, gesetzlichen Kinderschutz wirken Schule, Jugendamt, Gewerbeaufsicht und Polizei zusam-

men. Grundsätzlich — mit Ausnahme von Landwirtschaft und Haushalt — ist jede gewerbliche Beschäftigung von eigenen Kindern unter 10, fremden unter 12 Jahren verboten. Vor dem Vormittagsunterricht und nach 8 Uhr abends dürfen alle schulpflichtigen Kinder nicht gewerblich arbeiten, also auch nicht Botengänge verrichten, Brötchen, Milch oder Zeitungen austragen. Jede Beschäftigung fremder Kinder über 3, im Freien 4 Stunden täglich ist unstatthaft. Vorgeschriebene Pausen und Sonntagsruhe dürfen nicht gekürzt werden. In allen Fällen von gewerblicher Beschäftigung fremder Kinder über 12 Jahre — eigene scheidet hierbei aus — wird zwingend gefordert, daß der Arbeitgeber vor dem Beginn von Kinderbeschäftigung der Ortspolizeibehörde schriftlich Anzeige unter Angabe der Betriebsstätte und Art des Betriebes erstattet. Die Polizei hat zu prüfen, und nach Zustimmung des gesetzlichen Vertreters, der Schule und des Jugendamts kann kostenlos eine Arbeitskarte ausgestellt werden.

Das neue Gaststättengesetz dient der Bekämpfung des Alkoholismus, besonders der Bewahrung der Jugend vor den Schäden des Alkohols, und bietet einen bestimmten moralischen Schutz der weiblichen Angestellten. Zu begrüßen ist auch die strikte Verbannung des Alkohols von Tiers-, Spiel- und Sportplätzen. In Preußen ist außerdem jeder Schnapsauschank vor 9 Uhr früh verboten. Es ist wohl — abgesehen von der Geldkalamität — seinen teilweise strengen Bestimmungen mit zu verdanken, daß heute längst nicht mehr so viele Schnapsdrosseln auf Rettungsstellen und Polizeiwachen herumzitschern, wie vormals. Seitdem hat es die Polizei etwas leichter.

Abgesehen von dem direkten Zusammenhang mit Sozialgesetzen ist die polizeiliche Tätigkeit vielfach an sich schon sozialer Natur, z. B. das Sicherstellen von Nachlässen, die Mitwirkung in Gnadensachen, das kostenfreie Ausstellen von Arbeitsbüchern und Beglaubigungen aller Art für soziale Zwecke, die Aufstellung der Schul- und Impflisten usw. In erster Linie gilt dies natürlich von den polizeilichen Hilfeleistungen bei Bränden, Unglücksfällen, überhaupt in allen Fällen, wo ernste Gefahr für Menschenleben und Gesundheit besteht, desgleichen bei ungesetzlicher Eigentumsgefährdung und bei gewissen Notständen.

Sozial gedacht ist bei der Polizei auch die Beschränkung der polizeilichen Auskunftserteilung. Grundsätzlich darf eine solche an Private nur zur Ermittlung der Wohnung, des Verbleibs und der Person erfolgen. Angaben über Religion, eheliche oder uneheliche Geburt, Bestrafungen, Lebenswandel, Schulden, wilde Ehe und ähnliche Dinge dürfen nicht ausgeplaudert werden. Will man sich — und das ist sehr oft vor Eheschließungen angebracht — über etwaige Vorstrafen unterrichten, so sollte man sich stets ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen lassen.

Die Polizei arbeitet in vielen Fällen mit dem Jugendamt gemeinsam. Sie unterstützt z. B. weitgehend die kommunalen Fürsorgeorgane bei ihren Schutzmaßnahmen, wie in Fällen von Anhalten der Kinder zum Betteln und Hausieren, Tanzvorführungen in schlechten Lokalen — überhaupt sittlicher Gefährdung. Im Falle selbständigen Eingreifens gegenüber Kindern und Jugendlichen setzt sich die Polizei fast immer mit dem Jugendamt in Verbindung. Ähnlich arbeitet die Polizei auch mit den Wohlfahrtsämtern zusammen. Es ist gut, daß in den letzten Jahren früher rein polizeiliche Befugnisse auf die genannten Ämter mit übertragen wurden. Man denke nur an die Maßnahmen bei Verstößen gegen die gesetzliche Unterhaltspflicht. Man kann wohl zu Recht den Standpunkt vertreten, daß bei Wohlfahrtsangelegenheiten die Polizei nur in dringenden Ausnahmefällen eingreifen sollte. Paul Eggert, Polizei-Hauptwachmeister.

## Badeabende für Kriegsbeschädigte

Angeregt durch Wünsche aus Mitgliederkreisen, beantragte die Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten in Altona beim dortigen Magistrat, eine Schwimmhalle allwöchentlich für die Kriegsbeschädigten zur Verfügung zu stellen. Diesem Antrage wurde entsprochen und den von der Ortsgruppe gewünschten Sicherungsmaßnahmen für Amputierte und Beinbeschädigte unter Aufwendung größerer Geldmittel entsprochen. Neben dem Schwimmbassin stehen auch Duschen zur Verfügung. Diese Badeabende haben sich sehr bewährt und erfreuen sich reger Beteiligung, sind doch die Schwerbeschädigten nun davor bewahrt, den gesunden Mitmenschen die Stümpfe, Verkrüppelungen und Narben zur Schau zu stellen. Um Nachahmung in anderen Städten wird gebeten.

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. „Der Lenz ist da“, verkündet die „Gesundheit“, die vom Hauptverband deutscher Krankenkassen herausgegebene und an den Kassenschaltern kostenlos verteilte Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. „Die Märzrevolution der Seele“ umfaßt die psychischen Freuden und Leiden der soviel besungenen Jahreszeit, während sich ein Artikel über den „Schnupfen“ mit den körperlichen Unannehmlichkeiten und schädigenden Aufsätzen über den „Waldlauf“, über „Wandern und Volksgesundheit“ tragen den mit der Jahreszeit wachsenden Möglichkeiten des Aufenthalts im Freien Rechnung. Auf die „Trinkuren mit natürlichen Heilquellen“ wird deshalb gerade in dieser Nummer hingewiesen, weil sie nach althergebrachter Sitte besonders gern im Frühjahr durchgeführt werden. Allgemein interessant sind ferner Aufsätze über „Das Operationsrecht des Arztes“, über die „Ohnmacht“, über Quetschungen an den Fingern und Zahleiden. So enthält auch dieses Heft, wie seine Vorgänger, für jeden Leser eine Fülle belehrenden Stoffes.

irgendwie öffentlich unterstützten Arbeitslosen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsrentner, Schwerekriegsbeschädigte und Schwerunfallverletzte sowie bedürftige Tuberkulose und Geschlechtskranke. Ferner braucht der Kostenteil für weitere Verordnungen nicht mehr bezahlt zu werden, wenn die Arbeitsunfähigkeit bereits länger als zehn Tage dauert. Außerdem kann der Behandlungsschein in dringenden Fällen, insbesondere bei Unfällen, oder wenn wegen der mit der Abholung des Scheins verbundenen Umstände der Arzt nicht mehr rechtzeitig helfen könnte, nachträglich geholt werden. Bei besonderer Bedürftigkeit kann die Krankenscheingebühr — besonders für Familienhilfe — gestundet und gegebenenfalls später niedergeschlagen werden.

Pflicht der organisierten Arbeiterschaft ist es, nicht nur im gegebenen Falle selbst von den in der Sozialversicherung gewährten Rechten Gebrauch zu machen, sondern vor allem auch weniger geschulte Arbeitskollegen aufzuklären und ihnen Helfer und Berater zu sein.

## Anerkannte Kurbelrückfallsicherungen

Anfang vorigen Jahres wurde von der beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften bestehenden Kommission für die Prüfung von Rückfallsicherungen eine Anzahl derartiger Kurbeln und Vorrichtungen widerrufen auf ein Jahr zugelassen. In diesem Probejahr sollten Erfahrungen über die Bewährung dieser Sicherungen gesammelt werden.

Es hat sich gezeigt, daß alle diese Vorrichtungen zur Verhütung von Unfällen durch Kurbelrückschläge geeignet sind. Daher konnten sie auf einer kürzlich stattgefundenen Sitzung als endgültig anerkannt werden. Eine entsprechende Bekanntmachung, aus der die einzelnen Vorrichtungen hervorgehen, ist in der Zeitschrift „Die Berufsgenossenschaft“ Nr. 24 vom 15. Dezember 1930 erschienen. Allerdings kann diese Anerkennung widerrufen werden, wenn die Voraussetzungen zu ihrer Erteilung nicht mehr bestehen, wenn sich zum Beispiel im Dauerbetrieb bei der Vorrichtung Beanstandungen ergeben sollten.



# Verbandsleben



## Betriebsrätewahlen und Politik

Die diesjährigen Betriebsrätewahlen standen im Zeichen der beispiellosen Wirtschaftskrise und der steigenden Erwerbslosenzahl. Gerade die Betriebsräte können ein Lied davon singen, wie viel Kampf es kostet, den Abbau der Belegschaften einigermaßen zu bremsen und soziale Härten zu mildern. Die Stilllegungsanträge lehnen jeden Betriebsfunktionär, wie wenig Rücksicht der Unternehmer auf die Lebenslage der im Dienste der Firma ergrauten Arbeiter und Angestellten nimmt. Profit über alles, lautet die Losung des Kapitalisten. Daß die Gegensätze zwischen Unternehmertum und Arbeiterklasse an den Stätten der Produktion am schärfsten hervortreten, ist verständlich.

Heute geht es um Pfennige am Lohn und um das Tarifrecht. Der von dem Reichsarbeitsminister Stegerwald begonnene und geförderte Lohnabbau wie auch die Anschläge auf die Sozialversicherung scheinen erst der Anfang eines Feldzuges gegen die Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu sein. Dagegen muß sich mit allen Mitteln zur Wehr gesetzt werden. Vor allem deswegen, weil heute durch die Rationalisierung eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit notwendig ist. Dies fordern die freien Gewerkschaften seit Monaten und haben da auch Teilerfolge zu verzeichnen.

Die Betriebsräte kennen ihre Belegschaften und kennen auch ihre Unternehmer, sie kennen weiter das jeweilige Machtverhältnis in ihrem Betrieb. Eine solche gründliche Kenntnis kann dem gewöhnlichen Mitglied der Belegschaft nicht eigen sein. Er wird darum zuweilen glauben, daß das größere oder geringere Mißlingen einer Handlung mehr an dem Willen des Betriebsrates als an den üblen Verhältnissen liege. Aus diesem Aberglauben suchen die neuen Heilverkünder Nutzen zu ziehen. Es sind bei den jetzigen Betriebsrätewahlen mehrere Sorten aufgetaucht. Da sind es zunächst die Nazis und Gelben, die um die Stimmen der Belegschaften werben. Daß diese zwei Sorten vom Unternehmertum abhängige Kreaturen sind, braucht an dieser Stelle nicht betont zu werden. Zu ihnen hat sich die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ gesellt. Diese Zweigstelle der Kommunistischen Partei ist wie die Nazis und die Gelben bestrebt, die freien Gewerkschaften zu schwächen. Das sogenannte Kampfsprogramm der RGO soll der Beweis für ihre — revolutionäre Entschlossenheit sein. Dabei ist festzustellen, daß die Anhänger der RGO in unsern Betriebsversammlungen, wo der freigewerkschaftliche Vorsitzende des Betriebsrats Bericht über seine Tätigkeit erstattete, kein Wort der Kritik fanden, daß etwa die Sache der Kollegen hintangesetzt worden wäre. Im Gegenteil, sie bekundeten Verständnis für die unerhörte schwierige Arbeit der Betriebsräte. Mit anderen Worten: die Anhänger der RGO hätten es auch nicht anders machen können.

Wenn man den bis jetzt vorliegenden Berichten trauen darf, ist es der RGO hie und da gelungen, Erfolge zu erzielen. Sie werden allerdings durch die Mißerfolge an andern Stellen wieder weggewischt. Dessenungeachtet, man muß sich fragen, wie es kommt, daß die RGO, die offensichtliche Zerstörer der freien Gewerkschaften, das ist des Schutzwalles der Arbeiter gegen das Unternehmertum, überhaupt unter Belegschaften irgendwelchen Anhang findet. Meine Erfahrungen lassen mich dazu folgendes sagen: In den Betriebsversammlungen wird ja immer weniger nur über die Betriebsvorgänge geredet, sondern immer mehr über die gesamtwirtschaftliche und politische Lage. Hierbei kommt es zu bitteren Ausdrücken über die staatliche Lohnpolitik, und es bedarf der ganzen Überzeugungskraft des Referenten oder Vorsitzenden, daß in der Versammlung kein Fatalismus aufkommt. Es muß allerdings ausgesprochen werden, daß die guten freigewerkschaftlichen und ideologisch zur Sozialdemokratie stehenden Betriebsfunktionäre die Tolerierung der Brüning-Regierung, die den Lohnabbau diktiert, als eine ungeheure Belastungsprobe empfinden. Gerade diese Funktionäre werden immer wieder gefragt, warum wird im Reichstag dies und das geduldet und nicht dagegen gestimmt, und anderes mehr.

Die einsichtige Arbeiterschaft ist zu dem Bewußtsein gekommen, daß dem Kapitalismus nur durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß entschiedener Widerstand geleistet werden kann. Die ungeheure Zahl der Erwerbslosen zeigt, daß der Kapitalismus nicht in der Lage ist, allen Menschen Arbeit und Brot zu geben. Die Unzulänglichkeit dieser Wirtschaftsordnung ist offensichtlich. Das Ziel einer ausgebeuteten und unterdrückten Klasse muß sein, an Stelle der planlosen Wirtschaftsgestaltung eine planmäßige zu schaffen. Daher muß bei unserer ganzen Tätigkeit diese Zukunftsaufgabe mehr in den Vordergrund treten.

Klarheit über diese Notwendigkeit sucht man jedoch heute bei manchen wichtigen Entscheidungen vergebens. Dies wirkt für die freigewerkschaftliche Bewegung hemmend. Wenn der kleine Funktionär nicht mehr mit kann, wenn er nicht mehr versteht, wenn er zu zweifeln beginnt, wenn er über das Warum dieser oder jener schwerverständlichen Entscheidung nachgrübelt, dann schwindet eben die Schlagkraft einer Organisation. So ist der geringe, für uns nichtsdestoweniger unerfreuliche Erfolg der RGO und der Nazis mit zu verstehen.

Unsere Aufgabe als Betriebsfunktionäre muß sein, alle Arbeiter zu organisieren. Eine starke Gewerkschaft ist die Vorbedingung zur Überwindung der Angriffe des Unternehmertums. Diese Aufgabe wird erleichtert, wenn auch in allen anderen Fragen und Fällen eine Taktik geföhrt wird, die über den Tageskampf das Ziel der Beseitigung des kapitalistischen Systems erkennen läßt. Wenn in diesem Sinne von allen Funktionären gearbeitet wird, ist es wieder ganz allgemein möglich, daß nur treu zur Gewerkschaft stehende Kollegen als Betriebsräte gewählt werden.

Martin Ulrich.

## Die Zerlegung des Tariflohns

Die jetzige Wirtschaftsstockung wird von den Unternehmern zu einem Kampf um den (gebundenen) Tariflohn benutzt. Dauert die Krise noch länger, so müssen wir in der Tat um das Bestehen des gegenwärtigen Tarifsystems besorgt sein. Mit dem Arbeitslosenheer von 5 Millionen wollen die Unternehmer das Tarifsystem unter Druck setzen. Allerhand Vorschläge werden laut, um dem System der gebundenen Lohnsätze den Garaus zu machen. Neuerdings wird eine Idee verbreitet, die für die Öffentlichkeit etwas Bestechendes hat. Ausgehend von den Ereignissen bei der Hütte Ruhrort-Meiderich und den Vorschlägen des Herrn Krupp von Bohlen wird der Gedanke erwogen, mit dem bisherigen Aufwand von Lohn und Gehalt mehr Leute zu beschäftigen und auf diese Weise billiger zu produzieren. Den Arbeitern soll zum Ausgleich der Kürzung ihrer Einkommensbezüge eine Mindestbeschäftigung garantiert werden. Hierauf wurde in der Kölnischen Zeitung (Nr. 102) und im Magazin der Wirtschaft (Nr. 12) ein Vorschlag gemacht, der den Tariflohn in zwei Teile zerlegen will. Man spricht von einem unabdingbaren Teil des Lohns und einem beweglichen Teil. Der unabdingbare Teil des Lohns soll nicht mehr wie bisher der Tariflohn sein, sondern er soll gesetzlich auf einen Lohnsatz begrenzt werden, der den heutigen Sätzen der Arbeitslosenversicherung entspricht. Darüber sollen sich die Sätze bewegen, die tarifvertraglich vereinbart werden und den Erfordernissen des einzelnen Industriezweiges oder Betriebes entsprechen. Mit einer Besserung der Konjunktur soll die Lohnhöhe ansteigen, sich aber ermäßigen, falls eine Stockung der Wirtschaft eintritt. Die unabdingbaren Mindestverdienste sollen derartig gewährleistet werden, daß die Versicherung dem Kurzarbeiter jeden Ausfalltag, der nicht in seine Wartezeit fällt, mit dem vollen Mindestverdienst vergütet. „Die Zweiteilung des Lohnes in einen unabdingbaren Teil, der die Existenz sichert, und in einen beweglichen Teil, der sich nach den Erfordernissen der Konjunktur des betreffenden Industriezweiges einspielen könnte, macht aus dem bisherigen starren Schema, in das jeder einzelne Betrieb hineingepreßt wird, ein schmiegsames Gewand.“

Dieser Vorschlag hat in der Tat etwas Bestechendes, zwar nicht für die Arbeiterschaft, wohl aber für die Öffentlichkeit und die Regierung. Es muß von vornherein nachdrücklich davor gewarnt werden, sich auf eine derartige Zerlegung des Tariflohns einzulassen. Wenn erst einmal an dem Gebäude des Tarifvertragssystems herumgehackt wird, dann gibt es kein Halten mehr. Auch das bisherige Tarifsystem ist keineswegs so starr, wie es allgemein hingestellt wird. Die Tariflöhne sind Mindestlöhne, die keineswegs als zu hoch bezeichnet werden können. An der Grundlage des ganzen Systems soll und darf nicht gerüttelt werden. Hoffentlich steht der Reichsarbeitsminister wenigstens hier zu seinem Wort.

## Lohnquetschversuch in der Uhrenindustrie

Die Schiele & Bruchsaler AG in Hornberg glaubt gleichfalls mit der „Verbilligung der Produktion“ beginnen zu müssen. Den Plan und die Gründe dazu hat sie den Schwerindustriellen entlehnt. Sie meint offenbar, was im Ruhrgebiet verübt werden kann, müsse auch bei den Uhrenarbeitern gehen. Man vernehme, wie sie die „Verbilligung der Produktion“, das heißt also die Lohnquetscherei andreht: Der tariflich ausgesprochene Lohnabbau von 6 vH genügt ihr nicht. Sie kündigt daher allen ihren Arbeitern, bietet ihnen aber gleichzeitig Beschäftigung für einen um 20 vH geringeren Lohn an. Darob ist ihr von den Arbeitern ein deutlicher Wink zuteil geworden. Der Direktor der Firma, der nun endlich zeigen muß, daß er auch etwas Talent hat, sann auf eine andere Art der Lohnquetscherei. Sie war bald gefunden: Man ruft kurz vor dem Ablauf des Arbeitsverhältnisses den gekündigten Arbeiter ins Lohnbüro und nötigt ihn, einen Revers zu unterschreiben, daß er ohne jeden Zwang und freiwillig um soundso viel billiger zu schanzan bereit sei. Ist das nicht eine recht liebliche Art der Lohnpressung? Verdient ihr Urheber nicht einen Ehrenplatz bei den schwerindustriellen Wirtschaftsrettern?

Die Arbeiter dieser ehrwürdigen Firma denken nicht daran, für auf den Leim zu gehen. In einer Betriebsversammlung wurde die Schiebung der Firma geziemend gekennzeichnet und zum Ausdruck gebracht, daß der Lohnquetscherei geschlossen widerstanden werden wird. Ganz richtig. Denn wenn die Arbeiter nicht gegen ihren Ausbeuter zusammenhängen, werden sie einzeln hängen. So steht denn zu erwarten, daß den Schiele & Bruchsaler noch zu ihrem tollen Tänzchen aufgespielt werden wird.

## So sind die Stahlhelmer

Aus Thüringen wird uns geschrieben: Seit dem 1. Februar stand die Belegschaft der Mineralölwerke Rostiz-Fichtenbäumen in einem Kampf, um die von der Firma geforderte Lohnkürzung abzuwehren. Am 16. März mußten die beteiligten Gewerkschaften den Kampf als verloren abbrechen. Warum? Nun, weil die Stahlhelmer und Artgenossen der Firma bei der Lohnkürzung bereitwillig Hilfsdienst leistet hatten. Sie erklärten sich bereit, den verlangten Lohnabzug von 12 vH anzunehmen, und der nengewählte, aus Stahlhelmern beherrschte Betriebsrat schloß eine den Lohnabzug festlegende Betriebsvereinbarung mit der Firma ab. Der von den Gewerkschaften angerufene Schlichtungsausschuß hatte nur noch nötig, die Betriebsvereinbarung zu bestätigen. Das ist am 16. März geschehen. Das war in jenem Bezirk die erste Bewegung, bei der die Stahlhelmer auftraten. Wie die Bewegung geendet hat, ist oben gesagt — mit einem Lohnabzug von 12 vH. Welche Schlüsse der Arbeiter daraus zu ziehen hat, wird wohl nicht betont zu werden brauchen.

## Die Luxusjacht des Herrn von Siemens

Im Hafen von Fiume erschien in diesen Tagen eine deutsche Jacht. Sie zeigte die schwarzweißrote Fahne mit einer riesigen Hohenzollernkrone. Die Matrosen trugen an Blusen und Mützen die Inschrift „Kaiserlicher Jachtklub“. Der Besitzer dieser Jacht mit der schwarzweißroten Fahne und der Hohenzollernkrone ist nicht etwa Wilhelm von Doorn oder einer seiner Abkömmlinge, sondern der Vorsitzende des Verwaltungsrats der Reichsbahn, Herr von Siemens. Er will der Welt zeigen, wie schlecht es den deutschen Industriellen geht und wie notwendig es dem Leben und Sterben der deutschen Industrie willen der Lohnabbau bei den deutschen Arbeitern ist. Denn wenn die deutschen Arbeiter ihren Lohn nicht herunterdrücken lassen, könnte Herr von Siemens in die peinliche Verlegenheit kommen, seine Luxusjacht abbauen zu müssen. Das wäre ein so schwerer Verlust für die deutsche Volkswirtschaft, daß er verhindert werden muß — darum müssen die Arbeiter des Herrn von Siemens den Lohnabbau hinnehmen.

## Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750 - 6753

Mit Sonntag, dem 12. April, ist der 16. Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. April bis 18. April 1931 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Belegschaften					Beginn der Ertragssteigerung
	I	II	III	IIIa	IV	
Uslar	5	5	—	5	—	14. Woche

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung staatarischer Rechte zur Folge.

## Öffentlich gerügt wird:

auf Antrag der Verwaltungsstelle Stuttgart:  
Der Schleifer Gottfried Artmann, geb. am 13. Juli 1878 zu Botnang, Mitgliedsbuch Nr. 1998 530, wegen unkollegialen Verhaltens.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorsitzende

## Otto Hosenthien Jubilar

Auf dem Solothurner Kongreß des Schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes im Jahre 1898 schlangelte ein vierschrittiger Bursch herum, der durch Gehab und Sprach verriet, daß sein Wiege nördlich von den Gefilden Wilhelm Tells gestanden haben mußte. Aber dagegen hatten damals selbst die urchigsten Eisen gebornen der Alpenrepublik nicht viel einzuwenden. Denn sie war es damals nichts Ungewöhnliches, daß ausländische Kollegen als Kongreßvertreter erschienen. War doch sogar der Zentralsekretär des Schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes der Klempner Richard Uhlig, ein „Schwab“. Und verteuertung war der vierschrittige Delegierte, nicht viel mehr als 20 Lenze mochte er auf seinem angehenden Buckel haben. Auf das war in der Gewerkschaftsbewegung jener Zeit nichts Ungewöhnliches. Denn wir waren damals ja alle herrlich jung, nur wenn sich ein Alter erdrückte, unsere Grünlichkeit rief unsere Ansichten in irgendein Verhältnis zu pressen, erfuhr er, wie „reif“ wir waren.

Der junge in die Schweiz reingeschmeckte Deutsche, eben der erwähnte Kongreßdelegierte, war der Schmied Otto Hosenthien, von Neuhaldensleben im Preußischen Provinzialgebiet. Er vertrat einen Fachverein, dessen Ruf noch zu machen war. Wenn in der Schweiz eingeborne Metallarbeiter ein „Schwab“ mit ihrer Vertretung betrauten, so mußte das auch damals schon ein Kerl sein. Das traf hier zu. Es war einer von jenen deutschen Handwerksburschen, die überall, wo sie hinkommen, sich an den proletarischen Karren stellen und trachten ihn vorwärts zu bringen. Das war einst verdammnt mühsel brachte manche Grobheit oder Maßregelung ein; nur wenn ganz gut ging, konnte der tüchtigste Vorwärtsdränger zu einem Verbandstag fahren. Das passierte unserem Hosenthien in der Schweiz gleich mehrere Male. 1900 wurde er zum Gewerkschaftskongreß, das folgende Jahr gar zum Verbandstag in Schmiede nach Braunschweig geschickt.

Nachdem Hosenthien seine Ehrenliste in der Schweiz vervollständigt hatte, beehrte er das schöne Schwabenland mit seiner Anwesenheit. Hier, in Stuttgart, stellte er sich gleich wieder herzhaft an den gewerkschaftlichen Karren. Was Wunder, daß er zum Besitzer des Vorstandes des DMV, dann, im März 1919 zum Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Stuttgart ernannt wurde. Ihre Mitgliederzahl stieg in seiner Amtszeit von 1919 bis 1919 von 4000 auf 22000. Durch den nach Kriegsschl auch in Stuttgart einsetzenden Bruderstreit fiel er seinem Amt zum Opfer. Er fand jedoch bald wieder im DMV dadurch ein Tätigkeitsfeld, daß ihm der Vorstand zum Revisor anstellte. Kürzlich wurde er zum Geschäftsführer des Stuttgarter Metallarbeiterheims erwählt, so daß die vielerprobte Kraft dem DMV weiterhin dienen kann.

So steht denn Otto Hosenthien ein Vierteljahrhundert im Dienste der Metallarbeiter. In dieser an schroffen Wechselwirkungen nicht armen Zeit hat er für seine Kollegen gewirkt, was immer möglich war. Er wird das auch, des sind wir gewiss weiterhin tun. Darüber unsere Freude und für das Getauschte unsere Anerkennung und unseren Dank.

## Jubilarfeier in Weiterstadt

Trotz der schlechten Zeit ließen es sich die Kollegen der Filiale Weiterstadt und Braunshardt nicht nehmen, eine Jubilarfeier zu begehen. Nach der Begrüßung des Filialleiters hielt der Bezirksleiter, Kollege Bernard, die Festrede. Er glückwünschte die Jubilare im Namen des Vorstandes sowie der Bezirksleitung von Frankfurt. An die jungen Kollegen appellierte er, sich ein Vorbild zu nehmen an den Vorkämpfern und Pionieren des DMV. Auch den Frauen der Jubilare wurde er gebührenden Dank. Alsdann wurden den Jubilaren durch den Kollegen Störk die von der Kreisverwaltung Darmstadt gestiftete Gedenktafel für 25jährige Mitgliedschaft überreicht. Die Jubilare waren die Kollegen Peter Jörich, Christof Schwarz, Georg Meinhardt, Peter Talheimer, Georg Bergmann und Heinrich Steinbrecher. Erst in den Morgenstunden trennten sich die Teilnehmer mit dem Wunsche, bald wieder eine Feier unter Gleichgesinnten zu veranstalten.

## Mitgliederzunahme bei den Angestellten

Auf einer Beiratssitzung des Zentralverbandes der Angestellten konnte der Vorstandsvorsitzende Otto Urban von einer günstigen Entwicklung der Mitgliedschaft berichten. Trotz der Krise und der Abgänge durch die Arbeitslosigkeit ist die Zunahme von mehr als 10000 Mitgliedern zu verzeichnen. Überall hat die Tätigkeit innerhalb des Verbandes beträchtlich zugenommen. Die Versammlungen hatten selten einen so guten Besuch aufzuweisen. An Unterstützungen hat der Zentralverband 1100000 M ausgezahlt. Durch diese Feststellungen wird die Stabilität und die Schlagkraft dieser großen Angestellten-gewerkschaft erneut bestätigt.

# Statistik Ich gebe nichts mehr auf sie!

Die Statistik, ihr lieben Leute, ist eine überaus wichtige Sache, ja sogar eine überaus notwendige Sache. Das wird wohl niemand ernsthaft bestreiten wollen. Zudem ist die Statistik eine Wissenschaft, die dem, der sich in ihr auskennt, viel Wissenswertes vermittelt und die sogar den Laien zu beglücken und zu erheben vermag.

Wie beglückend ist es zum Beispiel auch für den ärmsten Teufel, wenn er erfährt, daß nach den neuesten Ergebnissen der Statistik das gesamte Vermögen des Volkes soundsovielle Milliarden beträgt, und demzufolge auf den Kopf der Bevölkerung ein Betrag von soundso viel Mark entfällt! Wer ein mit vielen Kindern gesegneter Familienvater ist, kann dann ohne viel Mühe selber ausrechnen, wie groß der Anteil seiner Familie an dem gesamten Volksvermögen ist und er darf sich ausmalen, wie schön es wäre, wenn er dieses Geld wirklich erhalten würde. Oder aber: die Statistik weist aus, daß der Verbrauch an Fleisch ergibt, daß auf jeden Kopf der Bevölkerung soundso viele Kilogramm Fleisch entfallen. In Wirklichkeit ist es zwar anders: die einen haben viel mehr, dafür andere viel weniger als diese statistisch errechnete Menge gegessen, und sehr viele waren überhaupt nicht in der Lage, Fleisch sich leisten zu können. Aber das macht nichts, und geht auch die Statistik nichts an. Welche Volksgenossen das Fleisch wirklich gegessen haben, darum kümmert sie sich nicht. Sie kann doch keinem Menschen in den Magen schauen. Dafür waltet sich als eine Art ausgleichender Gerechtigkeit und ermittelt, wieviel Kilogramm und Dekagramm Fleisch ein jeder ohne Unterschied des Standes und des Vermögens hätte essen können, wenn jeder seinen gleichen Anteil erhalten hätte.

Ja, so gerecht ist die Statistik. Und darum liebe ich sie sehr. Aber gerade deshalb war es für mich um so schmerzlicher, als ich kürzlich eine recht trübe Erfahrung mit der Statistik habe machen müssen. Seit jenem Tage ist meine große Liebe zur Statistik ins Wanken geraten.

Die Sache trug sich so zu: Sitze ich daheim und lese die Zeitung. Da finde ich einen Artikel, über dem als Aufschrift in fetten Lettern steht „Preissenkung“. Natürlich fange ich an, den Aufsatz sehr aufmerksam zu lesen; denn die Preissenkung ist ja das, was uns not tut, wovon seit einem Jahre unsere Wirtschaftsführer ununterbrochen reden, leider jedoch noch immer nichts zu spüren ist. Und siehe da! Zu nicht geringem Staunen erfahre ich, daß mit Ausnahme der Preise für Margarine, Rindfleisch, Salz, Tee und Zigarren, Damenkostüme, Herrenfilzhüte, Sohlen, Absätze, Zwirn, Teller, Drahtstifte, Tinte, Schreibfedern, Holz, Rasieren, Briefporto, Kartoffeln, Butter, Eier, Rindsleder, Stabeisen und Salzsäure, die seit einem Jahre unverändert geblieben sind, alle anderen Gegenstände und Nahrungsmittel beträchtlich billiger geworden seien. So zum Beispiel Benzin um 32, Kupfer um 28, Leinöl um 48, Bohnen um 30, Weizen um 35, Kautschuk um 36, Kalbsleder um 4, Seide dafür 35 vH weniger kostet als vor einem Jahre, daß ferner Mehl, Schweineschmalz, Leintücher, Handtücher, Strümpfe, Schuhe, kurzum alles viel, viel billiger geworden sind. So billig, daß es nur recht und billig erscheine, wenn die Unternehmer ihren Arbeitern und Angestellten die Löhne dementsprechend senken. Denn teurer sei fast nichts geworden, wenn man davon absehe, daß der Zucker nur um 12, das Bier um nur 4, Küchensstühle (roh), Küchentische (ebenfalls roh), um 6 vH teurer geworden sind, und daß Sohlenleder um 2 und Zement um nur 1 vH mehr kosten als vor einem Jahre.

Fast hätte ich vor Freude hell aufgejubelt über die Woge der Preissenkung, die über das Land hinwegrollte. Aber ich unterdrückte meine freudige Aufwallung. Zugleich stieg ein häßlicher Verdacht in mir gegen meine Frau auf, die ahnungslos neben mir saß und Strümpfe stopfte. Schau, schau, sagte ich zu mir selber, alles ist so viel billiger geworden und deine Frau sagt dir kein Sterbenswörtchen davon. Im Gegenteil, jammert in einem fort, wie teuer alles sei und wie sehr sie das Geld einteilen müsse und was halt so dergleichen Redensarten noch mehr sind. Und nun erfahre ich aus der Zeitung, aus dem Aufsatz eines Syndikus der Unternehmer, der als solcher natürlich ein akademisch graduiertes Mann ist, daß wir in einer spottbilligen Zeit leben. ... Hm! Darüber mußte ich mich wohl oder übel mit meiner Frau auseinandersetzen. Aber wie anfangen, um sie zur raschesten Kapitulation zu zwingen? Ich überlegte, wie ich am diplomatischsten das Gespräch über dieses so heikle Thema einleiten könnte. Dann begann ich ganz harmlos mit einer Bemerkung über die allgemeine Wirtschaftskrise und die Teuerung.

Nichts Böses ahnend blickte meine Frau von ihrer Stopfarbeit auf und sagte: „Ja, es ist schrecklich! Wo das noch hinführen soll mit dieser Teuerung!“

„Zum allgemeinen Wohlstand, liebe Frau“, sagte ich im Brustton meiner soeben erworbenen Überzeugung von der Spottbilligkeit.

„Mir scheint, daß du infolge des vielen Lesens schon übergeschnappt bist“, erwiderte sie und tippte dabei bedeutungsvoll mit dem Zeigefinger auf ihre Stirn.

„Durchaus nicht“, erwiderte ich nachsichtig, „sondern ich habe eine überaus begründete Ansicht geäußert.“

Statt einer Antwort ließ mich die Frau ein verächtliches Schweben hören. Um es zu brechen, begann ich ihr vorzulesen, wie billig alles geworden ist, und knüpfte daran die Folgerung, daß sie von nun an werde ganz gut mit einem um ein Fünftel vermindertes Wirtschaftsgeld auskommen können, weil nach der in diesem Zeitungsartikel gemachten Feststellung die Lebenshaltung um ein Fünftel billiger geworden sei.

„Ich werde dir halt jeden Tag früh, mittags und abends Bohnen mit Leinöl vorsetzen“, sagte meine Frau.

„Warum das?“, fragte ich erstaunt.

„Nun, weil das am billigsten zu stehen kommt. Die Bohnen sind um 30, das Leinöl um 48 vH billiger geworden, hast du mir soeben vorgelesen.“

Es folgte dann ein ziemlich gereizter Wortwechsel, an dessen Schluß die Frau erklärte: „Von morgen an gehst du einkaufen, damit du dich selber von der großen Billigkeit überzeugen kannst!“

„Das gehört nicht zu den Obliegenheiten eines Mannes“, wendete ich ein.

„Dann schwätze nicht so dummes Zeug!“, bekam ich zur Antwort.

Mit der Einkaufstasche von einem Laden zum andern zu gehen, nein, das ließ sich doch nicht machen. Aus den verschiedensten Gründen ging das nicht. Endlich verfiel ich auf einen glänzenden Gedanken. Es mußten ja nicht ausgerechnet Lebensmittel und derartiges Zeug sein, es ging ja auch, wenn ich Kleider und Wäsche einkaufen würde. Also überraschte ich am andern Tage meine Frau mit der Aufforderung: „Komm, wir gehen für mich einen Anzug und für uns beide etwas Wäsche einkaufen.“ Dazu war sie sogleich bereit und erstaunlicherweise schon nach einer Viertelstunde zum Ausgehen fertig angekleidet.

Wir gingen, traten in ein Warenhaus. Wählten einen Anzug aus und ließen uns den Preis sagen. „Hm“, sagte ich, „können Sie mir vielleicht auch sagen, wieviel dieser Anzug vor einem Jahre gekostet hätte?“ Der Verkäufer sah mich verwundert an, dann sagte er: „Aber mein Herr, vor einem Jahre war ja noch alles billiger. Damals hätten Sie diesen Anzug um einen um 10 vH niedrigeren Preis kaufen können.“

„Sooo?“, sagte ich, griff in die Tasche und entfaltete das Zeitungsblatt mit jenem bewußten Aufsatz vor dem verdutzten Verkäufer, erklärte ihm die Tabelle und wies mit dem Finger auf jene Stelle hin, wo zu lesen stand, daß Herrenanzüge jetzt um 12 Prozent — ich sprach diese „zwölf Prozent“ mit besonderem Nachdruck aus — weniger kosten als vor Jahresfrist.

„Ja, aber bei uns nicht. Da muß sich der Herr schon in ein anderes Geschäft bemühen“, sagte der Verkäufer und lächelte verbindlich. Meine Frau lächelte auch, aber nicht so wie der Verkäufer.

Ich ersuchte den Verkäufer, den Abteilungschef herbeizuholen. Der Abteilungschef kam. Ich legte ihm den

## Wo muß der Lohn abgebaut werden?

Die Kapitalistenpresse fordert immer weiteren Lohnabbau bei den Arbeitern. Wenn die Ankurbelung der Wirtschaft nicht anders möglich ist als durch radikalen Lohnabbau, dann sollten doch logischerweise auch die Riesenlöhne der Generaldirektoren, Direktoren und Syndizi „der Not der Zeit“ angepaßt werden. Hier gibt es für das „Wohl der Wirtschaft“ tatsächlich viel zu holen. Nach wiederholten und unwidersprochenen Zeitungsnachrichten beziehen

der Generaldirektor des Siemenskonzerns . . . . .	800 000 M.
der Direktor des Siemenskonzerns . . . . .	350 000 M.
der Generaldirektor des Ruhr-Montantrasts . . . . .	400 000 M.
ein Vorstandsmitglied der Deutschen Bank . . . . .	350 000 M.
ein Direktor der Deutschen Bank . . . . .	100 000 M.
der Generaldirektor der Reichsbank . . . . .	340 000 M.
Direktoren der Reichsbank . . . . .	180 000 M.
ein Direktor der Krupp AG . . . . .	120 000 M.
ein Direktor des I. G. Farben-Trasts . . . . .	500 000 M.
der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie . . . . .	600 000 M.

Das sind nur einige wenige Zahlen, die „die Not der Wirtschaft“ dartun. Aber auch die Stellung als Aufsichtsratsmitglied der großen Unternehmungen ist nach der Habenseite nicht zu verachten. So soll jedes Aufsichtsratsmitglied erhalten

bei der Deutschen Bank . . . . .	10 000 M.
bei der Dresdner Bank . . . . .	10 000 M.
bei den Mannesmann-Werken . . . . .	11 000 M.
bei den Vereinigten Stahlwerken . . . . .	12 000 M.
bei Siemens & Halske . . . . .	42 000 M.
bei der I. G. Farben . . . . .	64 000 M.
bei Zellstoff-Waldhoff . . . . .	64 000 M.
bei der AEG . . . . .	70 000 M.

Bedenkt man, daß es Leute gibt, die Dutzende von Aufsichtsratsstellen innehaben, dann kann man sich ein Bild davon machen, wie die „Not der Zeit“ auf diesen Leuten lastet. Aber auch der „arme Staat“ bezahlt seinen Großpensionären riesige Summen. So erhält der ehemalige Kronprinz von Preußen eine jährliche Pension von 24 000 M., der Eitel Friedrich 10 074 M., General v. Below 16 893 M., und der Inflationskanzler Cuno bezieht neben seinem Einkommen als Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie (600 000 M.) von Staats wegen für seine unvergeßlichen Dienste als Reichskanzler 18 285 M. Wie Figura zeigt, hat das Reich Geld in Fülle, das Reich, das keine lumpigen fünf Millionen aufzubringen vermag, um arme Kinder mit Frühstück zu versorgen.

Die erstklassigen Vertreter der Kirche bekommen ebenfalls ganz niedliche Summen. Es erhalten an Jahresgehalt

der Erzbischof von Köln . . . . .	194 000 M.
der Erzbischof von Breslau . . . . .	191 760 M.
der Erzbischof von Paderborn . . . . .	159 156 M.
der Erzbischof von Münster . . . . .	154 057 M.
der Bischof von Trier . . . . .	140 720 M.
der Bischof von Aachen . . . . .	115 245 M.
der Bischof von Osnabrück . . . . .	101 600 M.
der Bischof von Ermland . . . . .	100 439 M.
der Bischof von Berlin . . . . .	93 000 M.
der Bischof von Hildesheim . . . . .	92 503 M.

Mit solchen Löhnen und Pensionen läßt sich auch in der heutigen Zeit noch ganz gut leben! Dafür fühlen sich diese „Notleidenden“ auch besonders berufen, über die Begehrlichkeit der Arbeiterschaft zu salbadern, der Arbeiterschaft, die in Fabriken und Büros durch ihre Arbeit diesen Großverdienern erst ihr Dasein ermöglicht. Göttliche Weltordnung! ka.

## Patriotismus deutscher Fabrikanten

Aus Landeshut an der tschechischen Grenze wird uns geschrieben:

Ich möchte einmal auf etwas hinweisen, was zur Entlastung der Arbeitslosigkeit beitragen kann. Hier in meinem Orte an der tschechischen Grenze ist eine Maschinenfabrik und Eisen-gießerei, die zu normalen Zeiten 80 bis 120 Leute beschäftigte. Die Firma führt auch einen Betrieb jenseits der Grenze, in der Tschechoslowakei. In beiden Betrieben werden die gleichen Weberei- und Spezialmaschinen hergestellt. In der Inflationszeit, als die tschechische Krone hoch stand, wurde im deutschen Betrieb fieberhaft geschäftet und dessen Erzeugnisse ausgeführt. Als dann die Krone sank und die deutsche Mark stabil wurde, nahm die Tätigkeit in dem deutschen Betrieb ab und wir haben seitdem in einem fort kurz geschäftet. Modelle und alles andere wurde vom deutschen Werk hinüber ins tschechische geschickt.

Die deutsche Firma bietet ihre Maschinen für den hiesigen Preis an; sie bietet aber auch die in der tschechischen Fabrik hergestellten Maschinen denselben Kunden für den tschechischen Preis (tschechische Valuta) an. Natürlich bestellt nun der Kunde nicht die in der deutschen Fabrik hergestellten teuren Maschinen, sondern die in der tschechischen Fabrik hergestellten

Sachverhalt dar, hielt ihm den Zeitungsartikel unter die Nase und fragte ihn, warum ich den Anzug um 10 vH teurer bezahlen solle, obwohl er doch jetzt um 12 vH billiger sein müßte als vor einem Jahre. Der Herr Abteilungsleiter zuckte bedauernd mit beiden Schultern und lächelte noch verbindlicher als vorhin der Verkäufer. Dann kam noch der Herr Direktor des Warenhauses hinzu, hörte eine Weile zu und betrachtete mich mit so merkwürdigen Blicken, als zweifle er an meinem gesunden Menschenverstande. Dann riet er mir: „Gehen Sie in die Redaktion der Zeitung, erkundigen Sie sich dort nach der Adresse des Verfassers von diesem Artikel, und dann beim Verfasser selbst, wo er seine Anzüge so billig kauft. Und wenn er Ihnen das verraten hat, dann kommen Sie bitte wieder zu uns und sagen es mir. Dann gebe ich Ihnen den Anzug gratis.“ Sprachs, klappte die Absätze zusammen, verbeugte sich und ließ mich stehen.

Triumphierend lächelnd folgte mir meine Frau in das nächste Geschäft, dann in ein drittes, viertes, fünftes und sechstes. Überall dieselbe Geschichte, haargenau dieselbe Geschichte! Ganz einerlei, ob ich nun einen Anzug oder Strümpfe für mich oder meine Frau kaufen wollte, ob es sich um Schuhe oder Hemden handelte, immer dieselbe verteuerte Geschichte, sobald ich mich nach dem Preise erkundigte, der für diese Sachen vor Jahresfrist gegolten hatte. Die Leute sahen mich mit scheuen Blicken an und tuschelten geheimnisvoll untereinander, Verkäufer und Verkäuferinnen lächelten verbindlich, die Ladenchefs lächelten noch verbindlicher und meine Frau lachte. Lachte in den Geschäften, während ich mich mit den Verkäufern und ihren Chefs auseinandersetzte; lachte, als wir wieder draußen auf der Straße gingen, und lachte erst recht, als wir mit leeren Händen zu Hause angekommen waren.

Was sie mir sonst noch sagte, will ich lieber nicht berichten. Erwähnen will ich nur noch, daß ich wütend das Zeitungsblatt zerknüllte und es in einen Winkel warf. Seit diesem Tage ist meine ehemals so große Liebe zur Statistik arg erschüttert. Ich gebe nichts mehr auf sie. Heinrich Holec.

für den niedrigeren Preis. Damit nicht genug. Es werden vom deutschen Werk die Modelle über die Grenze gesandt und die Roh- und Halbfabrikate herübergebracht und bei uns weiterverarbeitet, weil ja die Roh- und Halbfabrikate zu geringen Zollsätzen eingeführt werden können. Diese Fabrikate werden in der Tschechei billiger als bei uns hergestellt.

Nun steht der deutsche Betrieb seit einem halben Jahr ganz still. Die deutschen Arbeiter liegen auf der Straße. Dem Fabrikanten aber geht deswegen nichts ab, denn die schlechter entlohnten tschechischen Arbeiter besorgen ihm die nötigen Unterhaltsmittel. Er verkauft seine Erzeugnisse wie früher und hat denselben Verdienst, den er womöglich noch nicht einmal zu versteuern braucht, da ja die deutsche Fabrik stillliegt. Sollten sich die Zeiten mal ändern, so kann sich das schwer rächen an dem deutschen Fabrikanten. Denn der Kunde wird dann auch weiterhin dort kaufen, wo er bislang gekauft hat.

Es wäre für die zuständigen Stellen an der Zeit, zu erwägen, ob sich nicht in der Stillegeungsverordnung oder sonstwie eine Klausel gegen solche Arten von Stillegeungen einfügen läßt. Oder ob nicht solchen Fabrikanten durch das Steuergesetz abgewöhnt werden kann, durch Verlegung des Betriebes über die Grenze der Steuerbehörde ein Schnippen zu schlagen.

Die Nähe der tschechischen Grenze wurde von dem Fabrikanten auch bei der Lohnregelung weidlich gegen die deutschen Arbeiter ausgenutzt. Immer wurde uns die tschechischen Arbeiter als die billigen Jakobe vorgeführt, selbst wenn feststand, daß sie für ein Gußstück mehr erhielten als wir bei dem Zeitakkord. Doch abgesehen davon, die Stillegeungsanzeigen müßten auf jeden Fall künftig viel schärfer geprüft werden. Die deutsche Wirtschaft, die deutsche Steuerbehörde und die deutschen Arbeiter müssen geschützt werden gegen Fabrikanten von solchem patriotischem Kaliber. K.

## Sowjetrußland

### Prämiensystem in der Metallindustrie

Der Sa Industrialisaziu (11. März) wird aus dem Dnepropetrowskischen Bezirk berichtet: „Die Neuregelung der Stücklohnsätze und Verdienstnormen hat dazu geführt, daß die Arbeiter an den Martinöfen und an den Hochöfen durch Prämierung ihrer Leistungen angeregt werden sollen. Bei einer Tagesnorm von 112 t betrug der Lohn eines Arbeiters am Martinofen bisher 7,14 Rubel, eines Walzarbeiters 3,84 Rubel. Jetzt soll die Leistungsnorm 118 t erreichen und der Lohn des erstern auf 8,12 Rubel und des Walzarbeiters auf 4,88 Rubel steigen. Auch die Leistungsnormen und die Sätze der Transportarbeiter sind neu geregelt worden. Es sind Prämien für Verkürzung der Zeit des Brachliegens von Wagen eingeführt, auch bei der Entlassung wird jede Mehrleistung prämiert, und zwar in Höhe eines halben Prozentes für jedes Prozent Mehrleistung. Das steigert den Lohn im Durchschnitt um 10 vH.“

### Neue Lohnzahlungsformen

Wie der Trud (vom 17. März 1931) aus Leningrad meldet, sind dort sechs Fabriken dazu übergegangen, die Arbeitslöhne durch die Sparkassen zu zahlen. Die Fabriken wollen den Versuch machen, eine neue Lohnzahlungsform einzuführen, und zwar „ununterbrochene Lohnzahlungen“. Ab 1. April werden die Löhne von diesen Fabriken täglich bezahlt. Auch in Moskau wollen verschiedene Fabriken diesen Versuch mitmachen. Die Arbeiter werden aufgefordert, in einen sozialistischen Wettbewerb darüber einzutreten, wer größere Summen auf sein Sparkassenkonto vom Lohn beläßt.

Diese Maßnahmen sind durch die schlimme finanzielle Lage des Sowjetstaates zu erklären, dem es darauf ankommt, so viel als möglich Barmittel zur Verfügung zu haben. Es ist anzunehmen, daß der auch bisher zu verzeichnende Druck auf die Sowjetarbeiterschaft, die Löhne zum großen Teil auf den Sparkassen zu belassen, noch weiter verschärft wird. Was die „ununterbrochene Lohnzahlung“ anbetrifft, so muß dabei berücksichtigt werden, daß nach sowjetamtlichen Mitteilungen selbst der russische Arbeiter seinen Bedarf an Lebensmitteln und Massenbedarfsartikeln zu nahezu zwei Drittel auf dem freien Markt decken muß. Da die Preise auf dem freien Markt sehr hoch sind, so werden tägliche Lohnzahlungen in Wirklichkeit nichts anderes bedeuten, als daß dem russischen Arbeiter vielfach die Möglichkeit weiter erschwert wird, die für den Ankauf erforderlichen größeren Beträge anzulegen.

### Ordenssegen

Die Prawda vom 1. 3. 31 veröffentlicht eine Liste von Arbeitern für besondere Verdienste auf dem Gebiete der Produktion Orden des Roten Sterns, der Roten Arbeitsfahne und der Leninorden verliehen worden sind. Die Liste umfaßt dreizehn Arbeiter und eine Arbeiterin. Die Orden sind verliehen worden für Beteiligung an Sturmbrigaden, für Überschreitung der Produktionsvorschlüge, erfolgreiche Rationalisierungsmaßnahmen, Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse usw. Weitere Ordensverleihungen an Arbeiter stehen bevor.

